

# Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 25 Bfg., vierteljährlich 75 Bfg., einjährlich 240 Bfg. In den Abholstellen monatlich 20 Bfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 75 Bfg., ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 5 Bfg.

Anzeigenpreise:

Die 6spaltige Zeitzeile 20 Bfg., für auswärts 30 Bfg., die 3spaltige Anzeigenzeile 60 Bfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Bfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.

Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion  
und Expedition 3290

Nr. 9

Danzig, Sonnabend den 4. März 1916

7. Jahrgang

# Auf der Sonnenseite des Krieges

Das Jahr 1915 in den Vereinigten Staaten

Aus New York wird der Parteipresse geschrieben:

Fürwahr ein reich gesegnetes Jahr! Allerdings weder für die Gesamtheit noch für die Majorität, ja nicht einmal für eine nennenswerte Minderheit, aber um so mehr für einen verschwindenden Bruchteil des amerikanischen Volkes, dessen breite Massen ein Notjahr hinter sich haben, wie die Einführung der Pferdebeschlagungen, der Rückgang der Eheschließungen und die trotz der riesenhaften Kriegslieferungen noch immer erschreckend große Arbeitslosigkeit mit unwiderleglicher Zunge verkünden. Auch die Lohnrückgänge, welche von den Arbeitern der an die Regierungen der kriegsführenden Länder liefernden Industrien erzwungen wurden, stehen durchschnittlich in keinem rechten Verhältnis zu der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung. In allen anderen Branchen hat sich die Lage der werktätigen Bevölkerung infolge der geminderten Kaufkraft des Geldes verschlechtert.

Hier so glänzendere Geschäfte machte das Großkapital. Das Vermögen der Handel und Wandel in viel höherem Grade beherrscht als jenseits des Atlantischen Ozeans und die durch den Krieg geschaffene günstige Konjunktur unbedenklich nach allen Seiten restlos ausnützt.

Not kennt kein Gebot. Die in den europäischen Kriesskonflikten verwickelten Mächte haben beim Bezug von Kriegsmaterialien keine Wahl, sie müssen die geforderten Wucherpreise bezahlen. Unsere Fabrikanten und sonstige Lieferanten erzielen bei den Geschäften mit den Heeresverwaltungen fabelhafte Gewinne. Ihre Erpresserlakt richtet sich nicht minder gegen das amerikanische Volk, welches beim Einkauf von Nahrung, Kleidung und anderen Bedarfsartikeln mit der gleichen Gründlichkeit geschröpft wird wie die Kriegs- und Marineministerien zu London und Paris, Petrograd und Rom.

So wird dem Volke der Vereinigten Staaten die Fülle des sich über seine eigentlichen Beherrscher ergießenden Segens zum Fluche.

Von allen Jahren bis zum Ausbruche des europäischen Krieges wies 1913 bei einer Wareneinfuhr von 2429 Millionen Dollar und einer Wareneinfuhr von 1813 Millionen Dollar die günstigste aktive Handelsbilanz (616 Millionen Dollar) auf. Im Jahre 1914 mit seinen fünf Kriegsmontaten ging die Wareneinfuhr auf 2114 Millionen Dollar, die Wareneinfuhr auf 1789 Millionen Dollar und die aktive Handelsbilanz auf 325 Millionen Dollar zurück. Einen Umschwung brachte das Jahr 1915. In seinem zweiten Drittel wurde in großem

Mahstabe mit der Lieferung der bestellten Kriegsmaterialien begonnen, von denen bis zum 1. August für 231 Millionen Dollar exportiert wurden. Seldem wies die Ausfuhr gerade dieser Artikel einen alle früheren Kalkulationen weit hinter sich lassenden Aufschwung auf. In den letzten zwei Monaten gingen allein über New York täglich für mehr als eine Million Doll. Waffen, Munition und andere militärische Ausrüstungsstücke nach Europa.

Infolge des riesenhaften Umfanges, welchen der Export von Kriegsmaterialien angenommen hat, fehlt es an Ladepätzen für die zum Transport über den Ozean bestimmten Schiffe. Auf einer Entfernung von Hunderten von englischen Meilen von der Meeresküste harren Zehntausende von Eisenbahnwaggons auf Rangierbahnhöfen und Seitengleisen der Bahnung, weiter nach Osten zu fahren, um entladen zu werden. Den Eisenbahnen mangelt es an rollendem Material zur Bewältigung des Frachtverkehrs; ein Umstand, welcher zur Verschärfung der Leuzerung beiträgt.

Da die Vereinigten Staaten in viel größerem Umfange mit fremdem Kapital arbeiten, als sie selbst Geld im Auslande angelegt haben, so wurde in früheren Jahren trotz der aktiven Handelsbilanz viel mehr Gold aus- als eingeführt. 1914 stellte sich der Goldexport auf 223 Millionen Dollar, während der Goldimport mit 57 Millionen Dollar um 166 Millionen Dollar kleiner war. Im abgelaufenen Jahre ging die Goldausfuhr auf 24 Millionen Dollar zurück, die Goldzufuhr schnellte auf 438 Millionen Dollar in die Höhe, so daß die Vereinigten Staaten um 414 Millionen Dollar mehr Gold erhielten, als verschickten. Ueber 700 Millionen Dollars europäischer Staatsanleihen wurden hierzulande untergebracht.

Dem Einfluß des europäischen Marktes sozusagen entriekt, blieb der Bankdiskont fast das ganze Jahr hindurch annähernd gleichmäßig niedrig, so niedrig (durchschnittlich unter 4 Prozent), wie er seit einem Menschenalter nicht mehr war. Die Annahme, daß der amerikanische Goldüberfluß in Europa eine vorteilhaftere Anlage suchen würde, hat sich im Hinblick auf das mit der möglichen, größeren Rentabilität verbundene Risiko ebensowenig erfüllt wie die Befürchtung unserer Börsen, daß die amerikanischen Obligationen und Aktien infolge ihrer unter dem zwingenden Druck der Verhältnisse erfolgenden Massenveräußerung durch Europa stark im Kurse fallen und daß eine Deroute einsehen würde. Ganz im Gegenteil! Obwohl für über eine Milliarde Dollars amerikanische Wert-

papiere den Weg nach den Vereinigten Staaten zurückfanden, stehen die Dispositionen heute viel höher als vor Jahresfrist oder vor dem Ausbruch des gegenwärtigen Krieges, während die Aktien fast ausnahmslos stiegen und teilweise, namentlich so weit es sich um solche der „Kriegsindustrie“ handelt, eine schwindelnde und schwindelhafte Höhe erklimmen.

Wenngleich die für europäische Heeresverwaltungen ortstenden Etablissements ihre Produktion nach Möglichkeit steigerten (es wuchs die Eisenproduktion von 23 Millionen Tonnen im Jahre 1914 auf fast 30 Millionen Tonnen 1915), vermögen sie der Nachfrage, vor allem derjenigen des Inlands (zur Effektivierung der Kriegslieferungen sind sie unter Konventionstrafen verpflichtet) nicht gerecht zu werden. Die landwirtschaftlichen Produkte, deren Wert für 1915 über zehn Milliarden Dollar beträgt und damit eine vorher noch nie dagewesene Höhe erreicht hat, finden in Europa zu gesteigerten Preisen willige Abnehmer.

Die Unterbringung europäischer Staatsanleihen in der Höhe von 700 Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten, das starke Ueberwiegen der Goldzufuhr über die Goldausfuhr, der Rückfluß amerikanischer Wertpapiere im Gesamtbetrage von mehr als einer Milliarde Dollar, die Riesenhöhe der aktiven Handelsbilanz, die gesteigerte Produktionsfähigkeit der Schwerindustrie, das Entstehen neuer Industrien (namentlich chemische Fabriken), die Eroberung zahlreicher, von den kriegsführenden europäischen Ländern seit fast anderthalb Jahren vernachlässigter Märkte sind sicherlich geeignet, die Stellung der Vereinigten Staaten auf dem Weltmarkt dauernd zu stärken. Daß die Vereinigten Staaten auch nach der Wiederherstellung des Friedens auf dem Welt-, insbesondere dem Nordamerika ihre jetzige Vormachtstellung behaupten, gilt freilich für unwahrscheinlich, wenn der Krieg nicht noch mindestens drei Jahre dauert. Die gegenwärtige Prosperität der sogenannten Kriegsindustrien birgt nach der Beendigung des europäischen Krieges ihre Gefahren in sich und muß zu Rückschlägen führen, während andere Branchen schon jetzt unter den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen leiden.

Der goldene Strom, welcher über den Atlantischen Ozean nach den Vereinigten Staaten fließt, findet den Weg in die Taschen einer kleinen Clique der Hauptrepräsentanten des Finanzkapitals, dessen Macht und Einfluß eine sichtliche Stärkung erfährt, wahrhaftig nicht zum Vorteil der Nation, am wenigsten des für Lohn arbeitenden Volkes.

## Zeichnet die vierte Kriessanleihe

Das deutsche Heer und das deutsche Volk haben eine Zeit gewaltiger Leistungen hinter sich. Die Waffen aus Stahl und die silbernen Ägeln haben das ihre getan, dem Wahn der Feinde, daß Deutschland vernichtet werden könne, ein Ende zu bereiten. Auch der englische Ausschungsplan ist gescheitert. Im zwanzigsten Kriegsmontat sehen die Gegner ihre Wünsche in nebelhafte Ferne entrückt. Ihre letzte Hoffnung ist noch die Zeit; sie glauben, daß die deutschen Finanzen nicht so lange standhalten werden wie die Vermögen Englands, Frankreichs und Russlands. Das Ergebnis der vierten deutschen Kriessanleihe muß und wird ihnen die richtige Antwort geben.

Jede der drei ersten Kriessanleihen war ein Triumph des Deutschen Reiches eine schwere Entlastung der Feinde. Jetzt gilt es aufs Neue, gegen die Lüge von der Erschöpfung und Kriegsmüdigkeit Deutschlands mit wirksamer Waffe anzugehen. So wie der Krieger im Felde sein Leben an die Verteidigung des Vaterlandes legt, so muß der Bürger zu Hause sein Erspartes dem Reich darbringen, um die Fortsetzung des Krieges bis zum siegreichen Ende zu ermöglichen. Die vierte deutsche Kriessanleihe, die laut Bekanntmachung des Reichsbank-Direktoriums soeben zur Zeichnung aufgelegt wird, muß

der große deutsche Frühjahrssieg auf dem finanziellen Schlachtfelde werden. Bleibe keiner zurück! Auch der kleinste Betrag ist nützlich! Das Geld ist unbedingt sicher und hochverzinslich angelegt.

## Justiz und Presse

Ein neuer Ende-Prozess

Dem Ringen der Gastwirtsgehilfen um Befreiung aus den unwürdigen Fesseln der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung wurde am 14. Februar ein neues gerichtliches Kapitel hinzugefügt. Wieder hatte sich der Stellenvermittler Johannes Ende vor der Strafkammer wegen der Beschuldigung der Gewährenüberhebung zu verantworten. Etwa eine Woche früher

stand er ebenfalls vor der Strafkammer unter der gleichen Anklage. Es handelte sich in jenem Falle um die Ueberhebung von Gebühren bei Vermittlung der Kriegerfrau P. in das Kurhaus Brösen. Die Frau war einzige Zeugin und wurde in Anwesenheit Endes vernommen, der bekanntlich als maßgebender Stellenvermittler die Existenz der Gastwirtsgehilfen in der Hand hält. Die Frau sagte sehr unsicher aus. Festgestellt wurde trotzdem, daß Ende höhere Gebühren empfangen hatte, als ihm die polizeiliche Taxe erlaubte. Sein Verteidiger, Justizrat Adam, bestritt, daß Ende den höheren Betrag gefordert habe. Er meinte, jeder nähme eben, was er bekommen könne. Die Anzeige war vom Deutschen Kellnerbund ausgegangen. Sein Organ, die Hotel-Neue, hatte dies öffentlich festgestellt. Der Justizrat behauptete indes, obwohl auch die Zeugin von der Anzeige durch den Kellnerbund sprach, daß die Sozialdemokratie dahinter stecke, die Ende ruinieren wolle. Ueber diese Art der Verteidigung dürfen die Berufscollegen des Herrn Adam schon aus Gründen der Standesehre sehr geteilter Meinung sein. Wir meinen einfach, daß es um eine Sache, die in so bedenklicher Weise herausgerissen werden soll, kaum günstig stehen kann. In der Verhandlung spielte auch die Methode eine Rolle, durch die Ende sich den Gebührenanteil der Arbeitgeber, entgegen dem Wortlaut und Sinn des Gesetzes, von den Gastwirtsgehilfen bezahlen läßt. Er selbst drückt auf den Nachweisschein mit Gummistempel die Bemerkung, daß im Lohn des Vermittelten der halbe Gebührenanteil des Arbeitgebers steckt. Auf Grund dieser selbsterteilten Vollmacht läßt er sich dann diesen Betrag von den Vermittelten zahlen. Das Gericht schenkte diesem Verfahren nicht die genügende Aufmerksamkeit. Auch der Staatsanwalt meinte, daß eine höhere Forderung durch Ende nicht nachgewiesen sei. Darauf sprach das Gericht ihn frei. Während der Beratung äußerte indes der Staatsanwalt mahnend zu Ende, daß er die angeklagten Zuwendungen lieber ablehnen solle, wenn er nicht noch häufig vor Gericht erscheinen wolle.

Die neue Verhandlung gestaltete sich trotz der für den Nichtkenner der Verhältnisse unheimbaren Anklage geradezu dramatisch. Sie gab sogar Veranlassung zu ersten Betrachtungen über das Thema Justiz und Presse, wie man sie unter den bestehenden Zeitverhältnissen nicht erwarten sollte. Es war für die Volksmacht in ihrer Eigenschaft als Organ zum Schutz der Interessen des schaffenden Volkes Ehrensache, an den höchst unerfreulichen Zuständen, die durch die private gewerkschaftliche Stellenvermittlung geschaffen sind, nicht achlos vorüber zu gehen. In geistiger Gemeinschaft mit den Vertretern der Wissenschaft und sozial geleiteter Behörden bekämpfte sie das System der Ausnutzung Beschäftigungsloser durch sogenannte Stellenvermittler, das ähnlich kraß wie hier in keiner anderen Großstadt geübt wird. Wir taten damit nichts als unsere Pflicht, die einfach schon vom Anstand diktiert werden mußte. Wir haben auch unsere Stellungnahme in dieser Frage bisher in keiner Weise bedauern dürfen. Unser Schild bleibt blank. Auch der Prozeß, der von Ende gegen uns geführt wurde, gab uns nach Verlauf und Ausgang keine Veranlassung zu einem anderen Verhalten. Zu betonen brauchen wir nicht, daß wir von keinerlei egoistischen Motiven geleitet worden sind. Um so überraschender war die Erwähnung, die wir und unser Vertreter aus Anlaß dieses neuen Strafverfahrens gegen Ende im Gerichtssaal gefunden haben.

Ende war im Juni 1915 vom Schöffengericht zu 20 Mark Geldstrafe oder vier Tagen Haft verurteilt, weil er sich von dem Kellner Stegmann im Januar 1915 5 Mark zahlen ließ, ohne ihn tatsächlich vermittelt zu haben. Vor der Strafkammer erklärte Ende zunächst, daß er noch unbestraft sei. Erst auf die wiederholte Frage des Richters gab er zu, daß er bereits zwei Bestrafungen wegen Übertretung der Vorschriften des Stellenvermittlungsgesetzes, aber noch nicht wegen Gebührenüberhebung, erhalten habe. Damit konnte er natürlich nur meinen, daß noch keine rechtssträfliche Bestrafung dieser Art vorlag. Als das Protokoll der Vernehmung des zum Heresdienst einberufenen Zeugen Stegmann verlesen werden sollte, meldete sich dieser aus dem Zuschauerraum als in Urlaub anwesend. Als er persönlich vor-



### Neue städtische Steuern in Danzig

Selbst die schicksalsschwangeren Tage von Verdun haben den Geist im Danziger Rathaus nicht erschüttern können, der in der Behandlung der Angehörigen unserer Krieger sich so unangenehm von anderen Großstädten unterscheidet. In der Stadtverordnetenversammlung am 29. Februar zeigte sich das in einer Weise, die man erleben mußte, um sie für möglich zu halten. Der Magistrat forderte zunächst 312 000 Mark neue Steuern. Davon wollte er 180 000 Mark durch eine neue eingeführte Müllgebühr, die von den Mietern der Wohnungen mit mehr als 300 Mark Jahresmiete erhoben werden soll, aufbringen lassen. Bei Mieten von 301 bis 500 Mark soll 1 Prozent, von 501 bis 750 Mark 1½ Prozent, von 751 bis 1000 Mark 2 Prozent und über 1000 Mark 2½ Prozent Gebühr gezahlt werden. 50 000 Mark soll eine Besteuerung auswärtiger Filialen bringen, 45 000 Mark werden aus der Erhöhung der Luftbarkeitssteuer für Kinos, die für das Billett 10 Pfennig, neben bisher 5 Pfennig zahlen sollen, erwartet. Die Erhöhung der Hundesteuer von 24 bis 36 Mark pro

Hund soll 10 000 Mark abwerfen. Schließlich wird von 100 Prozent Zuschlag zur Wertzuwachssteuer für unbebaute Grundstücke ein Mehrertrag von 27 000 Mark erwartet.

So waren die Vorschläge des Magistrats, die gewiß nicht sozialen Geist atmeten und vor allem in der Erhöhung der sogenannten Luftbarkeitssteuer und der neuen Müllsteuer das Bestreben zeigten, gerade diejenigen steuerlich zu belasten, die es am wenigsten tragen können. Wieder war aber diese Stadtverordnetenversammlung noch päpstlicher als der Papst und schlug den rückwärtigen Rekord des Magistrats.

Wir haben schon immer nicht verstehen können, mit welchem unfreundlichen Beigeschmack das logische Unglückswort Luftbarkeitssteuer in unserm Rathaus ausgesprochen wurde. Es klingt so, als ob man mit Luftbarkeit etwas Strafbares bezeichnen wollte. Und tatsächlich ist diese Steuer eine Strafe gegen die Erholungen der Minderbemittelten. Denn von den luxuriösen Privatfesten der Reichsten wird sie nicht erhoben! Man kann die Steuer ohne Bedenken auch als Antikultursteuer bewerten. Neben der Arbeit bedarf der Mensch dringend auch der Erholung und man mag in falscher Ent-

rüstung sagen, was man will, gegen den Aufenthalt in den Alkoholneipen ist der Besuch eines Kinos ein Kulturfortschritt und wenn darin auch noch so miserable Vorstellungen erfolgen. Alle Bannflüche gegen die Kinos können unmöglich die Besteuerung rechtfertigen, höchstens würde dadurch die Steuer den Charakter einer Unfittlichkeit erhalten. Auch die Besserung des Kinos kann von der Steuer nicht erwartet werden. Das ist nur auf dem Wege der ersten Volksbildung möglich. Auf diesem Wege findet man die Steuererheber dieser Art jedoch nicht. Ihnen ist es schon zuwider, daß arme Leute sich diesen Luxus erlauben. Deshalb die Abschreckungssteuer. Besonders häßlich sind die Angriffe gegen die Kriegerfrauen. Zu ihrer Ehrenrettung schreiben wir: Das schlechteste Kino ist ein Dom der Erbauung und Tröstung gegen die elende Wohnung der armen Kriegerfrau, aus deren Winkel sie Verlassenheit und Not angrinsen. Deshalb sollten sich alle scheuen, die Ehre dieser Frauen wegen des Kinobesuches anzugreifen. Wir haben kein Wort darüber zu verlieren, in wie hohem Maße gerade wir das Kino für verbesserungsbedürftig halten. Für alle diese Erwägungen hatten die Stadtverordneten der Großstadt Danzig aber kein Ohr. Der Hausbesitzer

## Merktblatt zur vierten Kriessanleihe.

# 4½% Deutsche Reichsschatanweisungen. — 5% Deutsche Reichsanleihe (unkündbar bis 1924).

Mehr als achtzehn Monate sind verstrichen seit Beginn des gewaltigen Krieges, der dem deutschen Volke von seinen Feinden in unerhörtem Frevel aus Reich, Ruhm und Eroberungsfucht aufgestownen worden ist. Harte Kämpfe waren bei der Ueberzahl der Feinde zu bestehen. So schwer und blutig auch das Ringen war, unsere Truppen haben das Höchste geleistet und sich mit unvergänglichem Ruhm bedeckt. Auf allen Kriegsschauplätzen in West und Ost haben sie glänzende Waffenerfolge errungen, an ihrer todesmütigen Tapferkeit sind sie mit allen Mitteln ins Werk gesetzten Angriffe der Feinde zerschellt. Die Feinde sind jedoch noch nicht niedergedrungen, schwere Kämpfe stehen uns noch bevor, aber wir sehen diesen mit zuversichtlichem Vertrauen auf unsere Kraft und unser reines Gewissen entgegen. Auch das hinter der Front kämpfende deutsche Volk hat sich allen durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Erschwernissen durch Fleiß und Sparsamkeit, durch Einseitigkeit und Organisation gewachsen gezeigt; es wird auch fernerhin in Selbstzucht und fester Entschlossenheit durchhalten bis zum siegreichen Ende.

Der Krieg hat fortgesetzt hohe Anforderungen an die Finanzen des Reichs gestellt. Es liegt daher die Notwendigkeit vor, eine vierte Kriessanleihe auszuschreiben.

Ausgegeben werden 4% prozentige auslosbare Reichsschatanweisungen und 5% prozentige Schuldverschreibungen der Reichsanleihe. Die Schatanweisungen werden eingeteilt in zehn Serien, die von 1923 ab jährlich am 1. Juli fällig werden, nachdem die Auslosung der einzelnen Serie 6 Monate vorher stattgefunden hat. Der Zeichnungspreis ist für die Schatanweisungen auf 95% festgesetzt. Da die Schatanweisungen eine Laufzeit von durchschnittlich 11½ Jahren besitzen, so stellt sich im Durchschnitt die wirkliche Verzinsung etwa höher als auf 5%. Dabei besteht die Aussicht, im Wege einer früheren Auslosung und Rückzahlung zum Nennwert noch einen beträchtlichen Kursgewinn, bestehend in dem Unterschied zwischen dem Nennwert und dem Ausgabekurs von 95%, zu erzielen. Dem Inhaber der ausgelosten Schatanweisung soll aber auch das Recht zustehen, an Stelle der Einlösung die Schatanweisung als 4% prozentige Schuldverschreibung zu behalten, und zwar ohne daß sie ihm vor dem 1. Juli 1932 gekündigt werden könnte.

Der Zeichnungspreis für die fünfprozentigen Schuldverschreibungen der Reichsanleihe beträgt 98,50 Mark, bei Schuldbucheintragungen 98,30 Mark für je 100 Mark Nennwert. Die Schuldverschreibungen sind wie bei den vorangegangenen Kriessanleihen bis zum 1. Oktober 1924 unkündbar, d. h. sie gewähren bis zu diesem Zeitpunkt einen fünfprozentigen Zinsgenuss, ohne daß ein Hindernis bestände, über sie auch schon vor dem 1. Oktober 1924 zu verfügen. Da die Ausgabe 1½% unter dem Nennwert erfolgt und außerdem die Rückzahlung zum Nennwert nach einer Reihe von Jahren in Aussicht steht, so ist die wirkliche Verzinsung höher als 5%.

Schatanweisungen und Schuldverschreibungen sind nach den angegebenen Bedingungen im ganzen betrachtet als gleichwertig anzusehen. Beide Arten der neuen Kriessanleihe können als eine hochverzinsliche und unbedingt sichere Kapitalanlage allen Volkstreffen aufs wärmste empfohlen werden.

Für die Zeichnungen ist in umfassendster Weise Sorge getragen. Sie werden bei dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin (Postfachkonto Berlin Nr. 99) und bei allen Zweiganstalten der Reichsbank mit Rassen-einrichtung entgegengenommen. Die Zeichnungen können aber auch durch Vermittlung der Königlich Preussischen Staatsbank und der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse in Berlin, der Königlich Hauptbank in Nürnberg und ihrer Zweiganstalten sowie sämtlicher deutschen Banken, Bantiers und ihrer Filialen, sämtlicher deutschen öffentlichen Sparkassen und ihrer Verbände, bei jeder deutschen Lebensversicherungsgesellschaft und jeder deutschen Kreditgenossenschaft, endlich für die Schuldverschreibungen der Reichsanleihe bei allen Postanstalten an Schalter erfolgen. Bei solcher Ausdehnung der Vermittlungsstellen ist den weitesten Volkstreffen in allen Teilen des Reichs die bequemste Gelegenheit zur Beteiligung geboten.

Wer zeichnen will, hat sich zunächst einen Zeichnungsschein zu beschaffen, der bei den vorgenannten Stellen, für die Zeichnungen bei der Post bei der betreffenden Postanstalt, erhältlich ist und nur der Ausfüllung bedarf. Auch ohne Verwendung von Zeichnungsscheinen sind briefliche Zeichnungen statthaft. Die Scheine für die Zeichnungen bei der Post haben, da bei ihnen nur zwei Einzahlungstermine in Betracht kommen, eine vereinfachte Form. In den Landbestellbezirken und den kleineren Städten können diese Zeichnungsscheine durch den Postboten bezogen werden. Die ausgefüllten Scheine sind in einem Briefumschlag mit der Adresse „an die Post“ entweder dem Postboten mitzugeben oder ohne Marke in den nächsten Postbriefkasten zu stecken.

Das Geld braucht man zur Zeit der Zeichnung noch nicht sogleich zu zahlen; die Einzahlungen verteilen sich auf einen längeren Zeitraum. Die Zeichner können vom 31. März ab jederzeit voll bezahlen. Sie sind verpflichtet:

30%	des gezeichneten Betrages	spätestens bis zum 18. April 1916,
20%	"	" " " 24. Mai 1916,
25%	"	" " " 23. Juni 1916,
25%	"	" " " 20. Juli 1916

zu bezahlen. Im übrigen sind Teilzahlungen nach Bedürfnis zulässig, jedoch nur in runden, durch 100 teilbaren Betragen. Auch die Beträge unter 1000 Mark sind nicht sogleich in einer Summe fällig. Da die einzelne Zahlung nicht geringer als 100 Mark sein darf, so ist dem Zeichner kleinerer Beträge, namentlich von 100, 200, 300 und 400 Mark, eine weitgehende Entschließung darüber eingeräumt, an welchen Terminen er die Teilzahlung leisten will. So sieht es demjenigen, welcher 100 Mark gezeichnet hat, frei, diesen Betrag erst am 20. Juli 1916 zu bezahlen. Der Zeichner von 200 Mark braucht die ersten 100 Mark erst am 24. Mai 1916, die übrigen 100 Mark erst am 20. Juli 1916 zu bezahlen. Wer 300 Mark gezeichnet hat, hat gleichfalls bis zum 24. Mai 1916 nur 100 Mark, die zweiten 100 Mark am 23. Juni, den Rest am 20. Juli 1916 zu bezahlen. Es findet immer eine Verschiebung zum nächsten Zahlungstermin statt, solange nicht mindestens 100 Mark zu bezahlen sind.

Wer bei der Post zeichnet, muß bis spätestens zum 18. April d. J. Vollzahlung leisten, soweit er nicht schon am 31. März einzahlen will.

Der erste Zinsschein ist am 2. Januar 1917 fällig. Der Zinslauf beginnt also am 1. Juli 1916. Für die Zeit bis zum 1. Juli 1916, frühestens vom 31. März ab, findet der Ausgleich zugunsten des Zeichners im Wege der Stückzinsberechnung statt, d. h. es werden dem Einzahler bei der Anleihe 5% Stückzinsen, bei den Schatanweisungen 4½% Stückzinsen von dem auf die Einzahlung folgenden Tage ab im Wege der Anrechnung auf den einzuzahlenden Betrag vergütet. So betragen die 5% Stückzinsen auf je 100 Mark berechnet: für die Einzahlungen am 31. März 1916 1,25 Mark, für die Einzahlungen am 18. April 1916 1 Mark, für die Einzahlungen am 24. Mai 1916 0,50 Mark. Die 4½% Stückzinsen betragen für die Einzahlungen zu den gleichen Terminen auf je 100 Mark berechnet: 1,125 Mark, 0,90 Mark und 0,45 Mark. Auf Zahlungen nach dem 30. Juni hat der Einzahler die Stückzinsen vom 30. Juni bis zum Zahlungstage zu entrichten.

Bei den Postzeichnungen werden auf bis zum 31. März geleistete Vollzahlungen Zinsen für 90 Tage, auf alle anderen Vollzahlungen bis zum 18. April, auch wenn sie vor diesem Tage geleistet werden, Zinsen für 72 Tage vergütet.

Für die Einzahlungen ist nicht erforderlich, daß der Zeichner das Geld bar bereitlegen hat. Wer über ein Guthaben bei einer Sparkasse oder einer Bank verfügt, kann dieses für die Einzahlungen in Anspruch nehmen. Sparkassen und Banken werden hinsichtlich der Abhebung namentlich dann das größte Entgegenkommen zeigen, wenn man bei ihnen die Zeichnung vornimmt. Besitzt der Zeichner Wertpapiere, so eröffnen ihm die Darlehnskassen des Reichs den Weg, durch Beleihung das erforderliche Darlehen zu erhalten. Für diese Darlehen ist der Zinsfuß um ein Viertelprozent ermäßigt, nämlich auf 5¼%, während sonst der Darlehenszinsfuß 5½% beträgt. Die Darlehensnehmer werden hinsichtlich der Zeitdauer des Darlehens bei den Darlehenskassen das größte Entgegenkommen finden, gegebenenfalls im Wege der Verländerung des gewährten Darlehens, so daß eine Kündigung zu ungelegener Zeit nicht zu besorgen ist.

Die am 1. Mai d. J. zur Rückzahlung fälligen 4prozentigen Deutschen Reichsschatanweisungen von 1912 Serie II werden — ohne Zinsschein — bei der Begleichung zugeteilter Kriessanleihen zum Nennwert unter Abzug der Stückzinsen bis 30. April in Zahlung genommen. Der Einreicher erlangt damit zugleich einen Zinsvorteil, da die ihm zugutekommenden Stückzinsen der Kriessanleihe 5% oder 4½% betragen, während die von dem Nennwert der Schatanweisungen abzuziehenden Stückzinsen nur 4% ausmachen.

Wer für die Reichsanleihe Schuldbuchzeichnungen wählt, genießt neben einer Kursvergünstigung von 20 Pfennig für je 100 Mark alle Vorteile des Schuldbuchs, die hauptsächlich darin bestehen, daß das Schuldbuch vor jedem Verlust durch Diebstahl, Feuer oder sonstiges Abhandentommen der Schuldverschreibungen schützt, mithin die Sorge der Aufbewahrung beseitigt und außerdem alle sonstigen Kosten der Vermögensverwaltung erspart, da die Eintragungen in das Schuldbuch sowie der Bezug der Zinsen vollständig gebührenfrei erfolgen. Die Zinsen können insbesondere auf Antrag auch regelmäßig und kostenlos einer bestimmten Sparkasse oder Genossenschaft überwiesen oder übersandt werden. Nur die spätere Ausreichung der Schuldverschreibung, die jedoch nicht vor dem 15. April 1917 zulässig sein soll, unterliegt einer mäßigen Gebühr. Angesichts der großen Vorteile, welche das Schuldbuch gewährt, ist eine möglichst lange Beibehaltung der Eintragung dringend zu raten.

Der dargelegte Anleiheplan läßt erkennen, daß sowohl in den auslosbaren 4½% prozentigen Schatanweisungen als auch in den 5% prozentigen Schuldverschreibungen der Reichsanleihe sichere und gewinnbringende Vermögensanlagen dargeboten werden. Es ist die Pflicht eines jeden Deutschen, nach seinen Verhältnissen und Kräften durch möglichst umfangreiche Zeichnung zu einem vollen Erfolg der Anleihe beizutragen, der demjenigen der früheren Anleihen nicht nachsteht. Das deutsche Volk hat bei diesen Anleihen glänzende Beweise seiner Finanzkraft und des unbeugbaren Willens zum Siege gegeben. Es darf daher bestimmt erwartet werden, daß jeder für diese Kriessanleihe (auch die letzte freie Mark bereitstelle. Im Wege der Sammelzeichnungen (Schulen, gewerbliche und sonstige Betriebe) können auch geringe Beträge des Einzelnen verfügbar gemacht werden. Auch auf die kleinste Zeichnung kommt es an. Gedanke jeder der Dankeschuld gegenüber den draußen kämpfenden Getreuen, die für die Daheimgebliebenen täglich ihr Leben einsetzen. Jeder feuere bei, damit das große Ziel eines ehrenvollen und dauernden Friedens bald erreicht werde. Zu solcher Krönung des Wertes beizutragen, ist die dringende Forderung des Vaterlandes.

Ohm beantragte sogar die Verdoppelung des Magistrats-  
vertrages auf 20 Pfennig Extrasteuer pro Blatt. Und der  
Mann, der 15 Häuser besitzt, war so offen, zu sagen, daß es  
gute, daß die Steuer von 50 bis 100 Mark zu zahlen  
werden würde, die jetzt in den Staatsbetrie-  
ben soviel verdienten! Es sollten doch die kleinen  
Leute, die unter dem Steuerdruck leuchteten, die kleinen Ge-  
werbetreibenden und Rentiers, entlastet werden. Man be-  
steuere hier mit Recht diejenigen, die sonst keine Steuern zahl-  
ten, auch die Soldaten, die sonst steuerfrei waren! Trotz die-  
ser erschreckenden Bekenntnisse erklärte sogar ein sonst ver-  
ständiger Mann wie Stadtmann Hardmann, daß die große  
Mehrheit der Bürgerschaft, die vernünftig denie, für die Er-  
höhung sein müsse. Stadtrat Hellwig mußte sich für den  
Magistrat gegen diese Steuerausbreitung wehren. Er wies  
darauf hin, daß von zu großem Zulauf zu den Kinos hier  
schon deshalb nicht geredet werden könne, weil es in Danzig  
nur kleine Betriebe mit nicht mehr als 200 Mägden gebe.  
Stadtm. Schmidt forderte zum Ausgleich auch die höhere  
Besteuerung der Besucher des Wilhelm-Theaters und des  
Stadttheaters. Stadtm. Riß protestierte als Staatsarbeiter  
gegen die Erbschaftsteuer. Aber selbst seine engsten  
Freunde ließen ihn im Stich. Kaum 13 Stadtverordnete  
stimmten gegen die erhöhte Steuer, die nun also 90 000 Mark  
mehr bringen soll. Die Bauschallsteuer wurde von 5 auf 6  
Mark für 50 Quadratmeter Bodenfläche erhöht.

Ganz anders stellten die gleichen Leute sich zu der un-  
gemein vernünftigen höheren Besteuerung des Wertzuwachses  
für unbebaute Grundstücke. Durch diese werden naturgemäß  
nur Spekulant getroffen, die die Wohnungsnot zum Boden-  
mücker ausnützen. Stadtrat Hellwig mußte sich wegen  
dieses Beschlages fast wie ein zur Kündigung reifer junger  
Mann verhalten lassen. Sogar Stadtm. Gelsz aus Heu-  
beude beschuldigte ihn, daß er den Bau von Arbeiterwohnungen  
verhindern wolle. Das sprach derselbe Gelsz, der in der letz-  
ten Sitzung den Arbeitern nachsagte, daß sie sich durch  
billige Wohnungen bereichern wollten. Stadtm.  
Schade sprach mit beifolgendem Spott von den wilden Boden-  
reformern, die niemand mehr ernst nähme und nun solche  
Beschlüsse machten. Stadtrat Hellwig wies nach, daß  
2000 Hektar unbebaute Boden in privaten Händen seien.  
Sogar Baudirektor Mary wendete sich gegen ihn und fast  
entschiedlich wurde die Vorlage, für die nur 8 Mann stimmten,  
abgelehnt.

Die Hundesteuer wurde nach eingehender Debatte, in  
der besonders Stadtm. v. Progejski offener Hundefreund  
hervortrat, angenommen. Ebenso die Besteuerung der von  
auswärtigen Geldbesitzern errichteten Villen.

Bei Beratung der Müllsteuer beklagte sich Stadtm. Ohm  
über die Befassung der Schwächeren und forderte, daß die  
Befassung von bei 200 Mark Miets beginnt. Im übrigen  
beschwerte er sich unfeindlich über die harte Arbeit verrich-  
tend, a Müllere und behauptete, daß sie sich unbefugt hohe  
Lohngehälter zahlen ließen. Ihre bessere Entlohnung, die drin-  
gend notwendig ist, forderte er jedoch nicht. Rentier Lange  
forderte im gleichen Sinne, daß die Mieten von 750 bis 1000  
Mark nicht 2 sondern nur 1,5 Prozent Steuern zahlen soll-  
ten! Angenommen wurde schließlich die Vorlage des Ma-  
gistrats.

Die Steuerreduktion war die unfreundliche Antwort  
auf das Verlangen, No Steuern nicht unter 900 Mark Ein-  
kommen zu erheben. Trotz dieser Verlegenheitssteuern ist die  
Erhöhung der jetzigen Einkommensteuer von 220 Prozent der  
früheren nicht überflüssig geworden. Sie wird wahrschein-  
lich auf 300 Prozent der staatlichen Steuer erhöht werden!  
Es wäre ungeschicklich, wenn man dann die Steuergrenze nicht  
auf 900 Mark Jahreseinkommen herabziehen würde.

## Danziger Nachrichten

### Der Ohraer Unterhaltungsabend des Arbeiter-Bildungsausschusses.

Die alle Feuerleute des großen Dampfers  
Ferdinand Boffe stellte vor zum Sozialisismus erwachten  
Arbeiterrecht die höchsten Aufgaben. Das goldene Bronze  
auf leuchtendem Rotmarkeit hat noch heute seine erhabene  
Bedeutung:

Sich hüten nicht die Lohner der Unterdrückten.

Nach die mühsigen Zerstreungen der Gedankenlosen.

Nach der härmigen Leichtigkeit der Unbedeutenden.

In die der Fein, auf dem die Strafe der Zukunft erbaute wird!

In gleichem Sinne strebend war der Bildungsausschuss  
der Danziger Arbeiter heute bemüht, seiner Aufgabe gerecht zu  
werden, wenn nicht solche Verbindungen ihm entgegen wirt-  
ten. Sowie hier nicht in Frage kam, dass er der Gedankens-  
bewegung möglichst weitestgehend die unentgeltliche Verbreitung  
in das breite dem Bestreben der Oberbühnen den lebens-  
wichtigen Faktoren gegenüber. Und kann niemals konnte er  
sich mit dieser Bemerkung des Bestehens seiner Absicht  
halten, nur auf dem am Sonntag in der Straßen in Danzig  
am Abend der Ohraer Kriegshilfe veranstalteten Unterhal-  
tungsabend. In kaum einer Woche waren die Vorbereitungen  
erfüllt. Denn dem Organ der Ohraer Arbeiterbewegung aller  
Kommunisten war ein Programm geworden, das allgemein  
und besonders in einem großen Teil davon Vergleich scheuen  
dürfte. Neben künstlerischen Anstrengungen stellten die von  
Frau Lina Frank als wunderbarste Wirkung Reinheit des  
Tones und in ihrer Anordnung an den Inhalt gelungenen  
Bilder die Ohraer Arbeiter. In gleichem Organismus wurde  
die jugendliche Bürgerbewegung durch Frau Lina Frank am Sonntag  
unterstützt. Der musikalische Genus wurde leider, was wir in  
erster Linie im Interesse der begabten Spielerinnen bedauern,  
durch gewisse Mängel des Sprechens beeinträchtigt. Am  
sonntäglichen, wenn eine diese Anweisung überhaupt gegeben ist,  
sowohl Wanderschaften umgeleitet als sich auf der Heide  
dort, bekannt zur Überbrückung. Schloßers "Im Meer",  
Bühnenbesucher "In der Welt" und das irische  
Kontinuum "Après l'orage" fanden auf gleicher feinstimmiger  
Bühne, und zwar in der ersten Hälfte, denen die  
Liede der Ohraer Arbeiter in der zweiten Hälfte genommen ist,  
weil sie der Arbeiterbewegung in Danzig durch manche Seite

zug wohl mehr geahnt als bewußt, die Erkenntnis der tiefen  
Wahrheit von Schillers Mahnung an die Künstler: „Der  
Künstler muß in seine Hand gegeben.“

Reicher Beifall war der Ausdruck des Dankes, den das  
Publikum begeistert zollte. Der Bildungsausschuss ehrte beide  
junge Damen durch die Uebersetzung von Blumensträußen.  
Auch wir bringen ihnen gern unsern freudigen Dank, in der  
noch unserm Empfinden ehrenvollsten Form, der Hoffnung,  
sie bald wieder in ihrem idealen Wirken gemeinsam begrüßen  
zu dürfen.

Eingeleitet wurde der Abend durch eine Begrüßungs-  
ansprache der Genossin Käthe Leu. In geistiger Anle-  
hung an Goethes: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“,  
betonte sie die Notwendigkeit, die kämpfenden Heiden durch  
hilfreiche Fürsorge für ihre Angehörigen tatbereit zu ehren.  
In diesem Sinne hätten sich die Kriegshilfe Ohra und der  
Arbeiterbildungsausschuss die Hände gereicht. Derselbe Ge-  
nossin sprach dann zu Beginn des deklamatorischen Teils mit  
warmem Gefühl die Gedichte: „Die Kriegerfrau“ von  
Bröger und „Der sterbende Krieger“. In großer  
Auffassung trug Genossin L. Brögers „Bekenntnis zu  
Deutschland“ meisterhaft vor. Ebenso vollendet ließ er  
in „Ridder Lüng“ die Sage vom Freiheitsdrang der  
Friesen, der den Tod der Sklaverei vorzieht, in Lilienrons  
Versen folgen. Frohsinnige Heiterkeit weckte er mit dem  
humorvollen „Das Eierlegen“, von Seidel. Schließlich  
vereinigte Genossin L. die Sangesfreudigen der Danziger Ar-  
beiterjugend in einer malerischen Gruppe auf der Bühne mit  
sich und leitete als führender Zigeuner und Vorsänger die  
humoristischen Chor-Gesänge „Die Binschgauer mol-  
ten wallfahrten gehn“ und das köstliche „Sur-  
lala“. Die hübschen jugendlichen Stimmen, begleitet von  
Gitarren und Mandolinen, eroberten sofort die Gunst des  
Publikums. Lobende Anerkennung fordern auch die drei  
Reigen, mit denen die Arbeiterjugend den zweiten Teil des  
Abends eröffnete. Außerordentlich gut gelang der abschließend  
vorgeführte finnische „Weberanz“. Es war eine Freude,  
die Elastizität der Jugend die vielfachen Verschlingungen dieses  
kunstvollen Reigens durchführen zu sehen.

Den ersten Teil des Abends füllte der vom Genossen  
Gehl gehaltene Lichtbildervortrag über Indien aus. Die  
schönen Bilder aus der Landschaft, der Kunst und Kultur des  
Landes der schönsten Träume der Menschheit kamen ausge-  
zeichnet zur Geltung. Der Stoff des Vortrages ist vorzüglich,  
er enthält jedoch in seiner ersten Hälfte unnötige Längen, die  
dort, wo er nicht den ganzen Abend füllt, in Fortfall kommen  
müßten.

Nach dieser Rückschau wiederholen wir, daß der Gesamt-  
eindruck aufs höchste befriedigend war. Dieses Urteil be-  
stätigt Herr Lehrer Strigel aus der Kriegshilfe Ohra in seiner  
Schlußansprache ausdrücklich. Er dankte dem Arbeiter-  
bildungsausschuss für diesen sehr gelungenen und genussreichen  
Abend. Seinen Dank widmete er auch den Mitwirkenden und  
den Erschienenen. Auch die Krieger in den Schützengräben  
würden sich freuen, wenn sie von dieser Hilfe für ihre Leuern  
hören würden. Er hoffe, daß es nicht das letzte Mal gewesen  
sein möchte, daß diese gemeinsame Arbeit geleistet wurde. Auch  
der stellvertretende Gemeindevorsteher Dör sprach dem Ge-  
nossen Dörfer seine Genugtuung über den schönen Abend  
aus.

Wie wir hören, soll auch der finanzielle Ertrag für die  
Kriegshilfe sehr günstig gemessen sein. Ihr konnten rund  
100 Mark überwiegen werden. Der schöne Saal, der  
einen würdigen Rahmen für die Vorstellungen bot, war voll-  
ständig belegt. Dabei war recht unfreundliches Schneewetter,  
das besonders den Besuch aus Danzig fast ganz verhinderte.  
Ueberraschend mußte der starke Besuch auch deshalb, weil für  
die Befestigung kaum vier Tage zur Verfügung gestan-  
den hatten. Wenn einige unserer Freunde zunächst Bedenken  
gegen das Zusammengehen mit der Ohraer Kriegshilfe — die  
Satzung erfolgte selbständig vom Arbeiterbildungsausschuss  
Danzig — hatten, so wird der günstige Verlauf diese wohl-  
schen zerstreut haben. Der Bildungsausschuss entschloß sich dazu  
natürlich erst nach reiflicher Erwägung aller Umstände.  
Ein Vergleich mit der Kriegshilfe Danzig konnte ihn zu kei-  
ner anderen Stellungnahme bewegen. Deren Leiter, Ober-  
bürgermeister Schölich dachte schwere ehrenrührige Angriffe  
gegen unsere Genossin Käthe Leu und andere Genossen  
selbst dann noch, als sie sogar von einer Dame von Ansehen,  
der Frau Lina Frank, als unwahr nachgewiesen und mit  
Bedauern zurückgenommen worden waren. Diese mißachtende  
Ehrenkränkung mußte, abgesehen von anderen Erfahrungen  
des Danziger Systems für jeden Menschen mit Selbstachtung  
die fernere Verbindung mit der Danziger Kriegshilfe aus-  
schließen. In Ohra werden unsere Genossen nicht so modern-  
großmächtig behandelt. Ein sozialdemokratischer Gemein-  
deverordneter ist dort offiziell in der Kriegshilfe tätig. Es lag  
deshalb kein Grund dazu vor, der nicht reichen Gemeinde die  
Hilfe zur Unterstützung der Kriegerfrauen zu verweigern.

### Wirklcher Burgfriede.

In der in Köln erscheinenden Nationalliberalen Kor-  
respondenz für die Rheinprovinz (Nr. 3) berichtet die Duis-  
burger liberale Parteiorganisation unter anderem:

Die Stadtverordnetenwahlen vollzogen sich unter  
dem Zeichen des Burgfriedens. Gemäß untern Vereinbarungen  
mit der Zentrumspartei wurden unsere bewährten Freunde zu  
Stadtratsmitgliedern wieder, und die von uns vorgeschlagenen Be-  
werber nur gewählt. Einen Sitz haben wir der sozial-  
demokratischen Partei abgetreten. Uebereinstimmend  
war man in den maßgebenden Kreisen der Meinung, daß ein  
wirklicher Burgfriede auch die Berücksichtigung  
der Minderheiten in sich schließen sollte. Auch wollte man durch  
dieses Engagement anerkennen, daß die Anhänger der Sozial-  
demokratie im Kriege Vaterlandsliebe, Tapferkeit und Opferberei-  
tigkeit bewiesen haben.

Die rheinländischen Nationalliberalen sind ganz gemiß-  
trauisch. Deshalb interessiert uns Danziger  
besonders, was ihr Organ über die Pflicht zur Zulassung der  
in der Stadtverordnetenwahl bisher noch nicht vertreten gewesenen  
Parteien als notwendige Schlußfolgerung des Burgfriedens  
sagt. Bei der Danziger Stadtverordnetenwahl 1914 verweigerten  
die Freisinnigen der Sozialdemokratie unter Berufung auf  
den Burgfrieden gerade deshalb einen Platz, weil sie auch bis-  
her noch keinen innegestanden hatten! In diesem Herbst finden

hier wieder Stadtverordnetenwahlen und besonders viele  
sahmahlen für verstorbenen Stadtverordnete statt. Es wäre an-  
genommen leicht, wenn man nicht wieder kurzfristige Maß-  
nahmen treiben will, der Sozialdemokratie einige Sitze ein-  
räumen. Wenn wir einige sagen, so ist dies unter Berücksich-  
tigung der Reichstagswahlergebnisse und der hochwichtigen Auf-  
gaben, die die Gemeinden nach dem Kriege zu lösen haben  
werden, keine Unbescheidenheit. Bei nur einigem guten Willen  
wird eine Verständigung darüber sehr leicht sein.

### Kriegsanleihe und Bonifikationen

Die Frage, ob die Vermittlungsstellen der Krieg-  
anleihen von der Vergütung, die sie als Entgelt für ihre  
Dienste bei der Unterbringung der Anleihen erhalten, ein  
Teil an ihre Zeichner weitergeben dürfen, hat bei der letzten  
Kriegsanleihe zu Meinungsverschiedenheiten geführt und Ver-  
stimmungen hervorgerufen. Es galt bisher allgemein als  
selbstverständlich, daß nicht nur an Weitervermittler, sondern auch an  
große Vermögensverwaltungen ein Teil der Vergütung weiter-  
gegeben werden dürfe. War dies bei den gewöhnlichen  
Friedensanleihen unbedenklich, so ist anlässlich der Krieg-  
anleihen von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden,  
daß bei einer derartigen allgemeinen Volksanleihe eine ver-  
schiedenartige Behandlung der Zeichner zu vermeiden sei und  
es sich nicht rechtfertigen lasse, den großen Zeichnern günstige  
Bedingungen als den kleinen zu gewähren. Die zuständigen  
Behörden haben die Berechtigung dieser Gründe anerkannt  
müssen und beschlossen, bei der bevorstehenden vierten Krieg-  
anleihe den Vermittlungsstellen jede Weitergabe der Ver-  
gütung außer an berufsmäßige Vermittler von Effekten-  
geschäften strengstens zu untersagen. Es wird also kein Zeichner  
auch nicht der größte, die vierte Kriegsanleihe unter dem am-  
tlich festgesetzten und öffentlich bekanntgemachten Kurse erhal-  
ten, eine Anordnung, die ohne jeden Zweifel bei allen billi-  
gden Zeichnern Verständnis und Zustimmung finden wird.

### Städtische Wahlen.

Außer den Wahlen, durch die die Bürger, leider in stark  
Beschränkung, direkt ihre Vertreter in das Rathaus senden  
gibt es noch andere, die die Bürgerschaft nicht minder in-  
teressieren. Von den Wahlen der Magistratsmitglieder durch  
die Stadtverordneten sehen wir in dieser Beziehung ab. Nicht  
weniger wichtig sind die Wahlen, durch welche die Bürger-  
mitglieder durch Magistrat und Stadtverordnete für städtische  
Ehrenämter und Kommissionen bestimmt werden. Dabei han-  
delt es sich keineswegs um persönliche Ehrungen. Ganz im  
Gegenteil werden den Gewählten wichtige Funktionen über-  
tragen, deren Erfüllung der Bürgerschaft nicht gleichgültig  
bleiben kann. Leider ist dieses Wahlrecht in Danzig bisher  
ausschließlich so ausgeübt worden, daß nur Angehörige der  
bestimmten bevorzugter Kreise gewählt wurden. Die soziale  
Stellung entschied und nicht das persönliche Verdienst und die  
Befähigung. Das will selbst die schon recht alte Städteordnun-  
g nicht. Sie fordert als Hauptgrundsatz die ganz unbeeinflusste  
Förderung des Allgemeinwohls durch die Selbstverwaltung.  
Dann muß aber gerade bei den wichtigen Gebieten der städti-  
schen Verwaltung unbedingt verlangt werden, daß die dar-  
am meisten Beteiligten, die Arbeiter und Angestellten, nicht  
von dieser Betätigung ausgeschlossen werden. Schon häufige  
haben wir auf diese unangenehme Erscheinung hingewiesen.  
Auch der Krieg brachte keine Änderung. Dabei gehörte doch  
keine große Ueberwindung dazu, die sonst von der Verwaltung  
des Gemeinwesens Ausgeschlossenen wenigstens auf diesen  
Wege daran teilnehmen zu lassen. Von der Gerechtigkeit  
brauchen wir garnicht zu reden. Umsonst von der arbeits-  
freudigen Kraft und Intelligenz, die die Stadt dabei gewinnen  
müßte. Dies schon darum, weil schon häufig im Rathaus  
gellagt wurde, daß bei dem jetzigen Verfahren nicht selten die  
erforderlichen Personen fehlen.

Am 29. Februar wählten die Stadtverordneten den  
Bäckermeister Bremer zum Bezirksvorsteher, die Lehrerin  
Stegelberg als Waisenpflegerin und ein ganz unbekanntes  
Fraulein Charlotte Zimmermann zum Mitglied des  
Armenamtes. Diese Wahl interessiert uns am stärksten. Für  
einen so wichtigen Posten, wie ihn gerade die Tätigkeit im  
Armenamt unter den vom Kriege geschaffenen Verhältnissen  
darstellt, sollte jemand, der ein unbeschriebenes Blatt, unter  
keinen Umständen in Frage kommen können. Als bei der  
Besetzung des Armenamtes mit dem Vorrecht der Männer  
der besitzenden Klasse gebrochen wurde, und auch einige Frauen  
hinein genommen wurden, geschah das doch ausgesprochen zu  
dem Zweck, um die Kreise zu beteiligen, die für die Armen  
und ihre Lage besonderes Verständnis und Fühlen besitzen.  
Dann konnte man aber unmöglich wollen, daß diese Posten  
unverrückbar im Besitz der herrschenden Klassen blieben und  
nur, statt mit Herren, mit geringer Abwechslung mit Damen  
besetzt wurden. Ins Armenamt gehören an die-  
se Stelle vor allem Frauen, die mit den Armen in der  
lebendigen Fühlung haben, ihr Vertrauen besitzen und den  
Herzschlag des Volkes kennen. Deshalb bedauern wir diese neue Wahl und verstehen nicht  
wie sie erfolgen konnte. Der im Kriege betätigte Opfermu-  
der Armen für das Vaterland sollte allein schon Schranken  
niedergeworfen haben, die sie bisher benachteiligt haben.

Da es leider nicht geschieht ist, herbeizutreiben, wie wir zuvor  
sagt erfahren, der Sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt  
gemeinsam mit dem Gewerkschaftskartell einen Antrag an  
die städtischen Körperschaften vor, in die Ausschüsse usw. auch  
Vertreter der Arbeiterpartei und der Arbeiterorganisationen  
hineinzuwählen. Geeignete Vorschläge werden gleichzeitig ge-  
macht werden.

### Knochen und Fleisch.

In Danzig hat sich die Preisprüfungsstelle jüngst mit der  
sogenannten „Beilage“ der Fleischer beschäftigt. Dabei wurde  
der Beschluß gefaßt, daß bei einem Pfund Fleisch der mit  
gemogene Knochen nicht schwerer als ein Viertelpfund sein

parf. In anderen Städten steht man den Fleischern lange nicht so durch die Finger als in Danzig. Solingen z. B. hat dieser Tage die gleiche Frage behandelt. Da wurden jedoch folgende Beschlüsse gefaßt:

- Es wird hiermit für den Stadtkreis Solingen angeordnet, daß
1. bei Ochsen-, Rind- und Hammelfleisch auf ein Pfund Fleisch nicht mehr als  $\frac{1}{4}$  Pfund Knochen zugewogen werden darf,
  2. Schweinefleisch nur mit den eingewachsenen Knochen verkauft werden darf,
  3. das Belegen von minderwertigen Fleischstücken, wie Herz, Euter usw., nicht statthaft ist,
  4. Speck als gefalzener Speck nur dann verkauft werden darf, wenn er mindestens drei Tage lang im Wödel gelegen hat,
  5. Rippenstücke (Kotelette), Halskotelette und Lammbraten nicht zu Würstchen verarbeitet werden dürfen. Diese Stücke müssen vielmehr frisch oder gefalzen verkauft werden.

Bei dieser Gelegenheit sei übrigens festgesetzt, daß ein Pfund Rinder- und Kalbsknochen bereits mit 80 Pfennigen bezahlt werden muß, ohne daß eine Behörde bisher gegen diesen Wucher eingeschritten wäre.

#### Arbeitsreiche Tage für die Feuerwehr.

Nachdem Danzig geraume Zeit von neuemmerien Bränden verschont geblieben, brachte die letzte Woche eine starke Inanspruchnahme der Feuerwehr. Am 25. Februar geriet im Hause Sandgrube 49 in einer Arbeiterwohnung die Küche in Brand. Die Inhaberin der Wohnung, eine 65 Jahre alte Greisin, versuchte den Brand zu löschen, kam dabei jedoch ums Leben. Zwei ihrer Enkelkinder, Knaben von 2 und 4 Jahren, verbrannten in den Betten. Ein mutiger Nachbar drang über eine Leiter durch das Fenster in die Wohnung und rettete das dritte Enkelkind der alten Frau, ein 14-jähriges Mädchen, in bereits bewußtlosem Zustande. Die Feuerwehr vermochte aus der mittlerweile ganz in Brand geratenen Wohnung nur die Leichen zu bergen. Das Löschen nahm geraume Zeit in Anspruch. — In der Nacht zum 26. Februar brannte auf der Speicherinsel das Maschinenhaus der Firma Hodam u. Rehler nieder. Ein zweites größeres Feuer ergriff die Speicherinsel am Vormittage des 26. Februar. Milchkanngasse 12 befinden sich Lagerräume der Getreidehandlung Hermann Lehmer Nachfolger. Das Erdgeschloß enthält einen Laden, der erste und zweite Stock Wohnungen. Im dritten und vierten Stock sind Speicherräume eingerichtet. Das Haus geht nach der Sudengasse durch und ist nach alter Sitte unter umfangreicher Verwendung von Holz errichtet. So fanden die Flammen überaus reichliche Nahrung. Besonders an der Front in der Milchkanngasse hatte die Feuerwehr einen schweren Stand. Hier brannte die Decke vom dritten nach dem zweiten Stock durch. Ein Feuerwehrmann wurde beim Aufrichten einer großen Leiter so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Nach mehr als dreistündiger schwerer Arbeit war die Feuerwehr dann so weit, mit dem größten Teil der Mannschaft abzurücken zu können, während ein Brandkommando mit Aufräumungsarbeiten bis spät in den Nachmittag hinein zu tun hatte. Der Schaden ist bedeutend. Außer diesen größeren Bränden haben dann noch einige Kleinfelder der Feuerwehr zu tun gegeben, so daß sie eine recht arbeitsreiche Woche hinter sich hat.

#### Ein weiblicher Pogast?

Die Leser der hiesigen bürgerlichen Presse bekommen nicht viel von kritischen Betrachtungen der Verhältnisse zu sehen. Wenn es aber geschieht, dann meist in recht sonderbarer Richtung. So finden wir am 28. Februar in der jetzt meist ernstlichen Danziger Zeitung einen längeren Artikel mit recht fetter Ueberschrift: *Unser Markt halbe*. Er beginnt mit der Schilderung einer Ansammlung von Käufern, die in der Markthalle Butter kaufen wollten. Man vermutet die Absicht, auf die Unzulänglichkeit der Versorgung der Danziger Bevölkerung mit Fetten und die täglich zu einer immer größeren Katastrophe werdenenden Ansammlungen in der Markthalle und vor den Milchgeschäften aufmerksam machen zu wollen. Aber weit gefehlt. Die Verfasserin, angeblich eine Dame, die eigene Beobachtungen mitteilt, kritisiert die Kriegerfrauen. Sie tut dies in einer Art, die nicht nur ungläubliche Unkenntnis der Verhältnisse unserer Kriegerfrauen offenbart, sondern auch jede Spur weiblichen Zartgefühls vermissen läßt. Doch lassen wir die Leser selber urteilen:

Aber auf der anderen Seite wird eine alte Dame, die Ähnliches wie ich plante, jammervoll gequiecht. „Herr Schutzmann, Herr Schutzmann!“ kreischt sie angstvoll, „helfen Sie mir, man erdrückt mich!“ Ein wieherndes Gelächter folgte ihrem Hilferuf. „Bleiben Sie ruhig stehen, ich kann da jetzt nicht hin. Es wird Ihnen nichts geschehen,“ tröstet der Mann des Geflechtes. „Doch, doch, Herr Schutzmann, man preßt mich abdrückt, man reißt mich in Stücke!“ Der Schutzmann redet den Hals. „Sie da,“ ruft er einer robusten Frau zu, „steigen Sie sich doch nicht absichtlich gegen die alte Dame! Ich werde Sie gleich aufschreiben! Wie heißen Sie? Wer sind Sie?“ Diese Drohung hilft. „Herr Schutzmann, ich danke Ihnen. Sie haben mir das Leben gerettet.“ rief die von ihrer Feinigkeit Beiräte, während diese, abgelenkt nicht aufgeschrien, schimpfend weitergeht: „Na, das werd' ich aber meinem Mann ins Feld schreiben. Haben wir Kriegerfrauen das wohl nötig, uns hier von den Polizeijägern ins Gesicht zu schimpfen zu lassen. Das wär' noch schöner! Ich werde meinem Mann zu schreiben, daß, während er fürs Vaterland kämpft, wir hier so behandelt werden! Was gebiet sich so 'ne alte Zitrone, die all allein nicht mehr stehen kann, ins Gedräng? Soll ich ihr vielleicht auf'n Arm nehmen! Lass' mein Mann man erst nach hau!' kommen, dann wird er hören, wie schlecht wir es hier hatten!“ „Na, hör mal,“ sagte eine andere, sauber gekleidete Frau, „so in Kleider wie jetzt, warst noch nie und ins Kino läufst auch alle Tag! Dann hast du es doch nicht so schlecht.“ — „Ach, lach doch an! Du bist es wohl, die die Damen von der Kriegshilfe aufhebt. Neulich kamen sie mit auch all mit so 'ne Redensarten von Kino. Was ich mit mein' Geld tu, geht keinem was an. Aber dir werd' ich dies Stückchen geben.“

Es schmerzt uns im Interesse des geistigen Ansehens des weiblichen Geschlechts, daß so etwas geschrieben werden konnte. Selbst eine Dame sollte in dieser Zeit soviel Verständnis für das Fühlen ihrer minder glücklichen Mitgeschwestern aufbringen, daß sie sich diese Herabwürdigung erpart hätte. Wie man in solchem Gedränge den einzelnen verantwortlich machen kann, dafür fehlt uns die Erklärung. Wir verübeln der Dame ihre Einsicht aber nicht, wenn sie reichliche Erfahrungen in den Barberoben v o r n e h m e r Konzertsäle usw. gemacht haben sollte. Besonders kleinlich ist der Hinweis auf die Kriegerfrauen. Nützlich ist er nur wegen der Feststellung, daß sich sogar die Damen in der Kriegshilfe deshalb ganz unbehagliche Vorhaltungen gegen Kriegerfrauen erlaubten. Wir haben dies bisher nicht glauben wollen, zweifeln hiernach aber

nicht mehr an der Richtigkeit. Soll einer Kriegerfrau denn gar keine Ablenkung gestattet sein? Nur pharisäische Ueberhebung kann das wollen. Jeder wahre Freund des Volkes und dieser schwer vom Schicksal bedrängten Frauen kann nur bedauern, daß sie auf das Kino angewiesen sind. Zu ihrer seelischen Erhebung sollten Konzerte und andere Veranstaltungen unentgeltlich getroffen werden, die sie bildend mit dem Guten und Schönen vertraut machen.

In ähnlich „geistreicher“ Weise werden ein Endchen weiter die Engländer mit Kalbsköpfen verglichen, aus denen Süßze zu machen sei. Weder für diesen „Humor“, noch für die Splitterrichter der Kinobesuchenden Kriegerfrau vermag unser plebejisches Empfinden das nötige Verständnis aufzubringen.

#### Bedenkliche Einsichtslosigkeit.

In derselben Nummer, in der die Danziger Zeitung am 29. Februar mitteilt, daß um Verdun die furchtbarste Schlacht der Weltgeschichte geschlagen wird, wendet sie sich durch einen von der Kriegshilfe verfaßten Artikel gegen die — Gastwirtsgehilfen, die angeblich nicht genug zur Verbreitung ihrer Quittungsblöds, deren Unbrauchbarkeit wir schon wiederholt nachgewiesen haben, tun. Die Zuschrift gibt selber zu, daß große Unternehmungen von der Schereerei gar nichts wissen wollen, viele die Blöds zwar abnehmen, sie aber sofort zur Seite legen. Dies sind Feststellungen über die Stellung der Wirte, die doch zweifellos wissen werden, was das Publikum wünscht und sich bieten läßt. Trotzdem behauptet die Zuschrift, daß das Bedienungspersonal die Schuld an der Nichtbeachtung der Blöds trägt, weil es Verluste an Trinkgeld befürchtet. Diese Beforgnis sei jedoch unbegründet. Mit gutem Willen lasse sich viel schaffen, zumal die Kriegshilfe auch den kleinsten Betrag bitter nötig brauche.

Würden wir den Burgfrieden nicht ernster auffassen, so müßte uns dieser Angriff auf eine nicht auf Rosen gebettete Berufsschicht zu einer sehr ernsten Zurückweisung zwingen. Es ist leider nicht bloß eine Befürchtung, sondern unumwandelbare Tatsache, daß die Bediensteten, darunter nicht wenige Kriegerfrauen und Witwen, die Blöds durch den Verlust von Trinkgeld selber bezahlen müssen. Natürlich nur, wenn die Gäste die Quittung überhaupt annehmen. Aller gute Wille des Personals, sich selbst zu opfern, kann aber die Abneigung des Publikums nicht überwinden. Immer entschiedener wird auch von bürgerlicher Seite das System abgelehnt, das die nationale Pflicht der Fürsorge für die Angehörigen der Krieger durch Almosen Sammlungen erfüllen zu können glaubt. Die Leiter der Kriegshilfe würden staunen, wenn wir ihnen Namen und Urteile über „unwürdige Betteln“ usw. nennen sollten. Sie sollen sich also hüten, das Fiasco ihres Verfahrens denen aufzuladen, die daran am unschuldigsten sind. Auch die immer wiederholte Feststellung, daß die hiesige Kriegshilfe vor dem Zusammenbruch steht, beweist nur, daß die Stadtverwaltung endlich ihre Pflicht der genügenden Fürsorge für die Angehörigen der Krieger erfüllen muß.

Wo steht das Vieh? Von der Syndizierung des Viehhandels erwartete man die Abstellung der Mißstände in der Fleischversorgung. Es scheint jedoch, als ob die Dinge schlimmer werden, denn je zuvor. Aus allen Städten kommen Nachrichten über ungewöhnlich schlechte Beschickung der Schlachtohmärkte. Danzig macht keine Ausnahme. Am 22. Februar standen zum Verkauf 74 Rinder, 73 Kälber, 122 Schafe und 26 Schweine. Der Markt vom 29. Februar bot kein besseres Bild. An diesem Tage waren zum Verkauf aufgetrieben 63 Rinder, 103 Kälber, 24 Schafe und 68 Schweine. Von einer auch nur einigermaßen ausreichenden Fleischversorgung Danzigs kann da nicht entfernt die Rede sein und vor den Fleischläden spielen sich denn auch Szenen ab, die wir in unserem ruhigen Norden nicht gewöhnt sind und die den Behörden nachgerade doch zu denken geben sollten. Die Zurückhaltung des Viehes ist um so unverständlicher, weil die Fabrikation der Fleischkonserven verboten ist und das Vieh doch gefüttert werden muß, wir aber an Futter Mangel haben. Nach der letzten Zählung hatten wir in Deutschland 20 Millionen Schweine. Wo stecken die eigentlich? Das Charakteristische der Entwicklung ist, daß Rindfleisch jetzt bald so knapp ist, wie das Schweinefleisch. Man gewinnt den Eindruck, daß Rind- wie Schweinefleisch vom Markt ferngehalten wird, um die Regierung zu einer Erhöhung der Kleinverkaufspreise zu zwingen. Fleischkonserver sind in der Stadt gegenwärtig reichlich vorhanden. Für die breite Masse kommen sie nicht in Betracht, denn ihr Preis ist viel zu hoch, als daß die ärmere Bevölkerung sie erwerben könnte. Sollte sich die Regierung wirklich zu einer Erhöhung der Fleischpreise drängen lassen, so würde vom Fleisch das gleiche gelten, wie jetzt von den Fleischkonserven. Jede Belastung muß ihre Grenze haben.

Zeichen der Zeit. Die Danziger Zeitung schreibt in ihrer Nummer 98:

Großes Anwachsen der Diebstähle. In auffallender Weise haben sich in den letzten Wochen die Diebstähle in Danzig gemehrt. In der Vorwoche wurden einem Kaufmann in der Fleischergasse ein Sack roher Kaffee, Konserven und andere Nahrungsmittel gestohlen. Die Waren sind vor den Dieben an einen Händler in Völle verkauft worden. Diebe und Hehler wurden verhaftet. Mehrere Kellerdiebstähle, bei denen den Dieben eingemachte Früchte, Fleisch, Spirituosen, Weine usw. in die Hände fielen, sind noch nicht aufgeklärt. Eifrig geforscht wird von der Polizei auch nach den Einbrechern, die in der Nacht zum Sonntag dem Hauptgeschäft des Hoflieferanten Fiebich im Altstädtischen Graben einen Besuch abstatteten. Sie erbrachen die Ladentüre, die sie aber leer fanden, dann nahmen sie alles mit, was sich im Laden an Schwären befand, Käse, Kunsthonig usw. im Gesamtwerte von ca. 200 Mark.

Zeiten großer Not haben neben dem Anwachsen der Prostitution noch immer eine Zunahme der Eigentumsvergehen mit sich gebracht. Gewiß ist der Diebstahl eine unschöne Handlung, aber auch die Diebe sind Opfer der Verhältnisse. Die bürgerliche Gesellschaft muß sie bestrafen, um sich ihrer zu erwehren. Besser sind jedoch vorbeugende Maßnahmen, die die sittlich Schwachen davor bewahren, zu Dieben zu werden, denn schließlich müssen Gefängnisse und Aufsichtspersonal doch von den Steuerzahlern erhalten werden. Und diese Kosten sind wahrlich nicht gering.

#### Wegen Ueberschreitung der Höchstpreise

wurden verurteilt:

Geschäftsinhaberin Agnes Aker, geb. Lemke, Engl. Damm 14, mit 50 Mark Geldstrafe eventl. zehn Tagen Gefängnis.

Händlerin Rosalie Czarnetzki, Emaus, mit 100 Mark Geldstrafe eventl. 20 Tagen Gefängnis.

Fleischermeistersfrau Dorothea Kulling, Danzig, Schellingsfelberstraße 3, mit 50 Mark Geldstrafe eventl. 50 Tagen Haft.

Beiführer Karl Kapahne, Sudschin, Kreis Danziger Niederung, mit 150 Mark Geldstrafe eventl. 30 Tagen Gefängnis.

Händler Johannes Parosch, Emaus, mit 30 Mark Geldstrafe eventl. sechs Tagen Gefängnis.

Fischhändlerin Ottilie Koepfle, Danzig, Heubüchelstraße 22, mit 100 Mark Geldstrafe eventl. 20 Tagen Gefängnis.

Fleischermeisterfrau Maria Schröder, geb. Schmidt, Danzig-Bangfuhr, Hauptstraße 125, mit 50 Mark Geldstrafe eventl. 10 Tagen Gefängnis.

Städtischer Breiulings-Verkauf. Vom 2. März werden auf dem Fischmarkt vor den Häusern Nr. 24 bis 26 von der Stadt täglich Breiulings verkauft und zwar zu dem ermäßigten Preise von 17 Pfennige das Pfund, während der sonst bisher allgemein geforderte Höchstpreis 25 Pfennige beträgt. Für die Stadt fischen zunächst zwei Kutler, die aber bald auf sechs vermehrt werden sollen. Nur die Hälfte des Fanges wird frisch verkauft, die andere wird eingefalzen. Da die Fangzeit bekanntlich beschränkt ist, tun die Hausfrauen, die es irgend können, flug, Vorrat einzukaufen.

Der Verkaufspreis der Stadt liegt zwar noch unter dem zurzeit in Hela geltenden Einkaufspreis von 20 Pfennigen pro Pfund. Trotzdem muß dringend gewünscht werden, daß der städtische Preis recht bald noch unter 17 Pfennige herabgesetzt wird. Dann muß hierbei auch der Fehler vermieden werden, der sich bei dem städtischen Seefischverkauf höchst unangenehm bemerkbar gemacht hat. Dauernd wurde in der bürgerlichen Presse der Verkauf von Breiulings angezeigt. Dabei mußten die Käufer häufig erfahren, daß kein Fisch vorhanden war. Bei dem Verkauf nur auf dem Fischmarkt ist großer Andrang zu befürchten, deshalb wäre es zweckmäßig, gleichartige Verkäufe auch in den Vorstädten einzurichten. Weite Wege kosten nicht nur Zeit, sondern auch Schuhsohlen, die jetzt sehr teuer sind.

Gedenke unserer Krieger durch die Tat! Schon häufiger haben wir die Notwendigkeit betont, unseren Kriegern und den im Kampfe für das Vaterland Verwundeten durch die Tat zu danken. Ihre seelische Erhebung darf dabei nicht zurückstehen, und deshalb forderten wir die unentgeltliche Veranstaltung guter Konzerte und anderer Kunstdarbietungen für sie und auch ihre Angehörigen. Zur Erfüllung dieses Wunsches ist es in Danzig, wohl aber anderwärts leider nicht gekommen. Hier macht sich noch eine andere Tatsache unerfreulich bemerkbar. Viele Konzerte sind schon und werden noch veranstaltet. Eine Ermäßigung der Preise gibt es wohl für die Schüler höherer Lehranstalten, jedoch nicht für unsere Krieger! Am 7. März findet im Werkstischchaus das 3. Rote Kreuz-Konzert durch 60 Künstler des Berliner Blüthner-Orchesters statt. An unsere Krieger ist aber auch bei dieser Preisfestsetzung nicht gedacht. Mit der Vergünstigung für höhere Schüler endet die Preistabelle. Für die Tapferen, deren Heldennut diesen seltenen Kunstgenuss überhaupt erst ermöglichte, ist er tatsächlich nicht vorhanden. Ein Stehplatz kostet sogar 2 Mark, für Schüler nur 1,50 Mark, und der Preis ist für unsere Krieger viel zu hoch. Die Veranstalter dieses Konzerts, das Rote Kreuz, sollte möglichst noch jetzt einen stark ermäßigten Preis für die Krieger festsetzen. Den gleichen Vorschlag empfehlen wir allen anderen, die Kunstveranstaltungen treffen.

Bei Sanalisationsarbeiten in Langfuhr wurden zwei Arbeiter verschüttet. Der eine konnte von den Hilfsmannschaften gerettet werden, während der andere, der im Stadtgebiet wohnende Arbeiter Janikowski, bereits tot war, als er gefunden wurde.

Aus dem Bureau des Bauarbeiterverbandes wird uns geschrieben: Die Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins, die dieser Tage stattfand, war sehr gut besucht. Der Vorsitzende gab zunächst bekannt, daß ein Jahresbericht diesmal nicht erstattet werden könnte, weil der Kollege Brill zum Heeresdienst einberufen ist. Dem jetzigen Kassierer, Kollegen Lubner, ist es in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit bisher nicht möglich gewesen, den Jahresbericht fertigzustellen. Darum müsse die Versammlung sich mit einem Kassenbericht zufrieden geben. Nach diesem hatte die Hauptkasse im letzten Quartal eine Einnahme von 13 588,10 Mark und eine Ausgabe von 10 674,17 Mark. Der Bestand beträgt 2913,93 Mark. Die Lokalkasse vereinnahmte 15 773,92 Mark und verausgabte 1691,87 Mark. Sie verfügt über einen Bestand von 14 082,05 Mark. Die Kindererbetasse der Bauhilfsarbeiter hatte einen Bestand von 65,45 Mark. Ihre Einnahme betrug 81,50 Mark und ihre Ausgabe 135 Mark. Sie übernimmt mithin einen Bestand von 11,95 Mark in das neue Quartal.

Die Mitgliederzahl betrug am Quartalschluß 390 (296 Maurer, 154 Bauarbeiter, 4 Jugendliche). Nachdem die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt hatten, fand die Entlastung des Kassierers statt. Hierauf referierte Kollege Werde über die Stellungnahme zu der Tariffrage. Die Unternehmer gaben vor, jetzt schon große Opfer bringen zu müssen. Nur, die Arbeiter brächten gewiß große Opfer, an die die der Unternehmer auch nicht entfernt heranreichten. Was die Unternehmer böten, sei eine geringe Teuerungszulage nach dem Schema des neuen Tarifs der Maler mit einer Verlängerung des Vertrags um ein Jahr. Für die Bauarbeiter war das Gebotene ungenügend und darum hätten die Arbeitervertreter ihre Zustimmung nicht erteilen können. Die Versammlung war in der Beurteilung des Unternehmerstandpunktes einig und beschloß einstimmig die Forderung einer Zulage von 18 Pfennigen pro Stunde. — Als Teilnehmer zur Konferenz in Bromberg wurden die Kollegen Lubner, Robusch und Boß gewählt.

Die Brotarten für Säuglinge werden nun doch nicht, wie wir zuverlässig erfahren, entzogen werden. Die verantwortlichen Stellen haben die von uns für die Beibehaltung geltend gemachten Gründe übernommen. So ist einer großen Gefahr für die Kleinsten vorgebeugt worden.

Mit der Vonderung ist die Voraussetzung für die von uns in Aussicht gestellten weiteren Ausführungen zu dieser Angelegenheit in Fortfall gekommen.

**Nachtragsverordnung.** Die Bekanntmachung VII 206 11.15 K. R. A. vom 15. Januar 1916 betr. Beschlagnahme und Bestandshebung von Nuthbaumholz und stehenden Nuthbäumen ist vielfach unrichtig aufgefaßt worden. Teilweise herrscht die Ansicht vor, daß die beschlagnahmten Nuthbäume niedergelegt und der Verwesung zur Verfügung gestellt werden müßten. Dies ist zurzeit nicht beabsichtigt. Es handelt sich zunächst nur um eine Ermittlung des Bestandes der vorhandenen Nuthbäume und des Nuthbaumholzes. Bis auf weiteres ist es daher verboten, ohne vorherige schriftliche Genehmigung des zuständigen stellvertretenden Generalkommandos Nuthbäume jeglicher Art zu fällen, sowie Verträge abzuschließen, die auf den Erwerb nicht gefällter Nuthbäume gerichtet sind. Das Verbot ist in den Regierungsamts- und Kreisblättern sowie in den Tageszeitungen abgedruckt.

Im Südtiroler Grenzgebiet ist der Titel eines Lichtbildervortrages, der Sonntag den 12. März, nachmittags 4 Uhr, im Stepphühnen Lokale stattfindet. Eintrittskarten kosten pro Stück 30 Pfennige und sind neben den bekannten anderen Stellen in der Buchhandlung Volkswacht erhältlich. (Siehe Anzeige des Arbeiterbildungsausschusses in der heutigen Nummer.)

**Brotkarten mit Namen und Wohnung versehen.** Um unehelichen Fälschern von Brotkarten die Möglichkeit zu nehmen oder doch zu erschweren, widerrechtlich Gebrauch davon zu machen, ist auf den jetzt zum Umtausch kommenden Karten der Ausgabe XXVI ein Raum für Namen und Wohnung des Inhabers vorgegeben. Da die Eintragung der Namen bei 200 000 Brotkarten zunächst amtlicherseits nicht erfolgt, muß jeder im eigenen Interesse diese selbst vornehmen.

### Aus Westpreußen

Die Fettkarte in Elbing. Als erste der westpreussischen Städte führt Elbing vom 15. März ab die Fettkarte ein. Als Fette gelten: Butter, Schmalz, Margarine, ausgelassenes Rindfleisch, Speiseöl und für Zwecke der menschlichen Nahrung bestimmte Kunstfette aller Art. Die Karte hat nicht den

Zweck, jedem eine bestimmte Menge Fett zu garantieren. Sie soll vielmehr den einzelnen am Verbrauch eines übermäßigen Quantum hindern. Die Karte berechtigt den Inhaber zum Bezuge von 250 Gramm = 1/2 Pfund Fett in der Woche. Für Kinder unter 14 Jahren beträgt das Fettangebot 125 Gramm, während für Kinder unter zwei Jahren Fettkarten überhaupt nicht ausgegeben werden.

Der Elbinger Polizeiergeant Stolze ist im Alter von 55 Jahren einer Lungenerkrankung erlegen. Der Verstorbene war in Elbing eine äußerst bekannte Persönlichkeit. Als er vor etwa 18 Jahren nach Elbing kam, war er einem guten Trunk durchaus nicht abhold und man munkelte bereits, daß seines Bleibens nicht mehr lange sein würde. Dann erlitt Stolze einen schweren Unfall und nun wurde er Temperenzler. Er gründete in Elbing eine Loge und auch in Danzig, Allenstein und Marienburg war er für seine neugewählte Fahne außerordentlich tätig. Nach Stolzes früherer Kneiptrüchtigkeit wollte der Wechsel seiner Ansichten manchem sonderbar erscheinen. Doch ist Stolze der Enthaltsamkeit dauernd treu geblieben und er bekundete bei seinen Bestrebungen auch ziemliches Organisationsgeschick.

Auf dem Dirschauer Bahnhof geriet der Eisenbahnarbeiter Rurr beim Rangieren unter die Räder eines Zuges. Dem Verunglückten wurde das rechte Bein abgefahren.

Graudenz hat mit seiner städtischen Straßenbahn im Verwaltungsjahr 1914/15 ein gutes Geschäft gemacht. Die Einnahmen sind gegen das vorhergehende Jahr um 64 000 Mark gestiegen.

### Industrie und Handel

**Warum das Leder so teuer ist?** Die Rheinische Gerbstoff- und Farbholz-Extraktfabrik Gebr. Müller A.-G. in Benrath a. Rhein betreibt ihr Gewerbe mit einem Aktienkapital von 1 300 000 Mark. Der Rohgewinn dieser Gerbstofffabrik beträgt im Jahre 1915: 1 242 701 Mark, gegen 783 671 Mark im Jahre 1914. Die Gesellschaft verteilt 25 Prozent Dividende, gegen 17 Prozent im Vorjahre. Mit den Ausschüßen für das laufende Jahr ist die Gesellschaft zufrieden.

Die nächste Gewinnziehung der Königsberger Lotterie zu Gunsten des Freiluftmuseums (Heimathmuseums) findet unumwiderrücklich am 16. März d. Js. statt. Nach dem Gewinnplan kommen insgesamt 3357 Gewinne im Werte von M. 50 000, dar. Hauptgewinne i. W. von 15 000, 4000, 2000 M. zur Auslosung und sind Lose à 1 M. (Porto und Liste 30 Pf. extra) erhältlich bei **Leo Wolff, Königsberg i. Pr.**, sowie hier in allen durch Plakate kenntl. Verkaufsstellen.

### Nachtragsverordnung

**Bekanntmachung V II 206 11.15 K. R. A. v. 15.1.16 betr. Beschlagnahme u. Bestandshebung von Nuthbaumholz u. stehenden Nuthbäumen**

Auf Grund des § 8, Abs. 2 des Gesetzes über den Belagerungsstand vom 1. Juni 1871 und des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1914 wird folgende Maßnahme zur Ausführung der Bekanntmachung V II 206 11.15 K. R. A. vom 15.1.16 bis auf weiteres verordnet:

Es ist verboten, ohne vorherige schriftliche Genehmigung des stellvertretenden Generalkommandos Nuthbäume jeglicher Art zu fällen, sowie Verträge abzuschließen, die auf den Erwerb nicht gefällter Nuthbäume gerichtet sind.

Für den Fall der Verletzung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Verletzung der Beschlagnahme mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Danzig, Graudenz, Thorn, Kulm, Marienburg, den 29. Januar 1916

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General  
gez. v. Schack, General der Infanterie.  
Der Gouverneur der Festung Graudenz,  
J. B. gez. v. Hennigs, Generalleutnant.  
Der Gouverneur der Festung Thorn,  
gez. v. Dickhuth-Harrach, Generalleutnant.  
Der Kommandant der Festung Danzig,  
gez. v. Pfuell, Generalmajor.  
Der Kommandant der Festung Kulm,  
gez. v. Büna, Generalmajor.  
Der Kommandant der Festung Marienburg,  
gez. v. Rechenberg, Generalmajor.

Echt garantiert reingekachelten  
**Schnupftabak**  
aus erstklassigen Kentucky-Bäumen erzeuht die Schnupftabakkacheil  
Julius Gosda, Danzig  
Rohrtabakhandlung,  
Häkergasse 5, II. Priestergasse Nähe der Markthalle.

Nur Kachelbetriebe

### Bekanntmachung.

Am 1. März 1916 tritt eine Bekanntmachung in Kraft, durch die Höchstpreise für Eichenrinde, Fichtenrinde und zur Gerbstoffgewinnung geeignetes Kastanienholz festgesetzt werden.

Die Verkaufspreise sind je nach der Beschaffenheit für den Zentner Rinde festgesetzt.

Die Bekanntmachung ist in ihrem vollen Wortlaut in den Regierungsamts-Kreisblättern und öffentlichen Anschlägen abgedruckt.

Danzig, Graudenz, Thorn, Kulm, Marienburg, den 1. März 1916.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General  
gez. v. Schack, General der Infanterie.  
Der Gouverneur der Festung Graudenz,  
J. B. gez. v. Hennigs, Generalleutnant.  
Der Gouverneur der Festung Thorn,  
gez. v. Dickhuth-Harrach, Generalleutnant.  
Der Kommandant der Festung Danzig,  
gez. v. Pfuell, Generalmajor.  
Der Kommandant der Festung Kulm,  
gez. v. Büna, Generalmajor.  
Der Kommandant der Festung Marienburg,  
gez. v. Rechenberg, Generalmajor.

### Obst und Südfrüchte

kaufen Genossen und Genossinnen am billigsten in der

Obst- u. Südfrucht-Zentrale  
**Haustor 7.**

### Damen- und Herren-Fahrräder

Erstklassige Räder  
Schläuche  
in reichlicher Auswahl enorm billig

### Reparaturen

schon gem. schnell und billig.  
**G. Ehms,**  
Fahrradgroßhandlung,  
I. Damm 22/23 und Breitgasse.  
Telephon 3378.

### Betten

Bettfedern, Daunen, Einschüttungen, eis. Bettgestelle.

Große Auswahl, billige Preise.

### Bettfeder-Reinigungs-Anstalt

Häkergasse 63, a. d. Markthalle  
Telephon 2788. 54

### Neue und gebrauchte Fahrräder

jämml. Erstklassige, Dedden, Schläuche.

### Nähmaschinen

in feinsten Ausführung, 153 Karbidlampen, Taschenlampen, Gas- und Spiritusstrümpfe.

**A. Hein, Breitgasse 113.**

### Los nur 1 Mark Unwiderrüflich Ziehung 16. März

### Königsberger Lotterie

zu Gunsten des Freiluftmuseums 3357 Gewinne im Werte von M.

**50000**  
Hauptgewinn **M. 15000**

**Leo Wolff** Königsberg i. Pr. Kantstr. 2

Erhältl. auch in allen durch Plakate kenntl. Verkaufsstellen. [61]

# Damen-Hüte

# Kinder-Hüte

sowie sämtliche

# Pug-Zutaten

in großer Auswahl zu bekannt billigen Preisen

Morgen Sonntag den 5. März

in meinen sämtlichen Schaufenstern in der : Lawendelgasse :

# Ausstellung moderner Damen- und Kinder-Hüte

Ich bitte um gefl. Besichtigung

kauft man am besten bei

# Julius Goldstein

Spezial-Pug-Abteilung

Lawendelgasse 4

### Mass-Anfertigung feinsten

### Herren-Bekleidung

Beste Verarbeitung :: Sehr mässige Preise

### Eugen Hasse

Kohlenmarkt 14/16.

Fernsprecher 1854.

## Zwei Urteile über die neuen Kriegssteuern.

Der Vorwärts schreibt:

Die nunmehr veröffentlichte Kriegssteuervorlage bewegt sich in dem Rahmen dessen, was bereits an die Öffentlichkeit durchgedrungen war. Sie hat ganz die Tendenz, die zu erwarten war: die breiten Massen zu treffen.

Früher hat die sozialdemokratische Fraktion für eine derartige Deckung der Reichs- und Staatsausgaben nur das schärfste Verdammungsurteil gehabt. Und obwohl inzwischen in infolge der famosen Neuorientierung die wunderbarsten Aufstellungen auch auf steuerpolitischem Gebiete ihre Verfechter gefunden haben, möchten wir denn doch einstweilen annehmen, daß auch die Mehrheit der Reichstagsfraktion sich unmöglich mit diesen indirekten Belastungsplänen der breiten Massen befreunden kann. Ist doch das deutsche Volk bereits durch Lebensmittelpreise und alle möglichen anderen indirekten Steuern so schwer belastet — schwerer als im Vergleich irgend eine andere Nation —, daß es unredlich wäre, den breiten Massen des Volkes auch noch diese neue Bürde aufzulegen zu wollen.

Das Hamburger Echo dagegen meint:

Die erste an das Licht der Öffentlichkeit gekommene Steuervorlage der Regierung hat den Vorzug — wohl vor allen weiteren noch kommenden Steuervorschlägen —, daß sie so ziemlich der allgemeinen Zustimmung in der gesamten Bevölkerung sicher ist, wenigstens in dem Grundgedanken. Eine Ausnahme werden vielleicht diejenigen Kreise machen, auf die diese Steuer besonders gemünzt ist, die aus der Kriegsnot gemaltiges Kapital zu schlagen gemüht haben und nun auf dem Wege der Besteuerung genötigt werden sollen, einen erheblichen Teil ihres Gewinnes wieder herauszugeben.

Uns will scheinen, daß das Hamburger Echo über der Zustimmung zur Kriegsgewinnsteuer die Gefahren der Tabak- und Quittungsteuer und der Portoerhöhung denn doch etwas zu sehr unterschätzt.

### Aus dem Landtage.

Mit dem Geburtenrückgang beschäftigte sich das preussische Abgeordnetenhaus am 25. Februar bei dem Etatkapitel Medizinwesen. Die Debatte förderte nichts Neues zutage. Sowohl der Minister v. Boeckel wie auch der Geheimrat Krohne wußten keinen Grund für die Erscheinung anzugeben. Unser Genosse Hirsch griff in die Debatte ein, um den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Lage und Volksgeundheit auseinanderzusetzen; er unterließ es aber auch nicht, auf diejenigen wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Tatsachen hinzuweisen, die mindestens nicht geeignet sind, den Geburtenrückgang verschwinden zu machen. Bemerkenswert waren die Auskünfte des Chefs des preussischen Sanitätswesens, Dr. Kirchner, über die erfreulich geringe Verbreitung der Kriegsepidemien im deutschen Heere und im preussischen Staatsgebiet. Hierdurch seien unsere Seuchenbekämpfungsmaßnahmen und -Gefolge, zu denen er besonders auch den Impfwang zählt, glänzend gerechtfertigt.

Die Debatte endete mit der Annahme der Kommissionsanträge auf stärkere Unterstützung des Bezirksamtes und auf Herbeiführung eines Reichsgesetzes betreffend das Verbot des Vertriebs von Gegenständen, die zur Befreiung der Schwangerschaft oder zur Verhütung der Empfängnis geeignet sind.

Ferner wurde ein forschrittslicher Antrag angenommen, der die Regierung ersucht, dem Landtage einen Entwurf eines Wohnungsgesetzes vorzulegen. Ursprünglich verlangte der Antrag die reichsgesetzliche Regelung, aber die Mehrheit hat sich gegen die Lösung der Frage durch das Reich ausgesprochen. — Eine Reihe weiterer Anträge wurden Kommissionen überwiesen. Es ist dies ein Antrag auf reichsgesetzliche Regelung des Hattelinderwesens, auf Förderung der Säuglingsfürsorge und auf Wendeung der Reichsversicherungswirtschaft in dem Sinne, daß die Leistungen der Reichswochenhilfe Regelleistungen der Krankenversicherungen werden.

Von den Vorlagen, mit denen sich das Abgeordnetenhaus in seiner Sitzung am 1. März beschäftigte, beanspruchten die beiden, die sich auf die Kriegsfürsorge beziehen, weitgehendes Interesse. Ueber die erste dieser beiden Vorlagen, den Entwurf betreffend Beihilfen an Gemeinden für Zwecke der Kriegsmohlschutzpflege herrschte zwischen allen Parteien und der Regierung Uebereinstimmung. Bekanntlich hat Preußen für den genannten Zweck bereits im vorigen Jahre 110 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Auch in diesem Jahre sah der Regierungsentwurf die gleiche Summe vor. Die verstärkte Staatshaushaltskommission hat sie jedoch unter Zustimmung der Regierung auf 200 Millionen Mark erhöht und das Ple-num ist diesem Beschlusse einmütig beigetreten. Auch der sozialdemokratische Redner, Genosse Leinert, erkannte das Wohlwollen, das in der Zentralstelle den Familien der Eingezogenen gegenüber an den Tag gelegt wird, unumwunden an, wenn er auch im einzelnen an den Bestimmungen des Familienunterstützungsgesetzes und an den Maßnahmen der Versicherungsverbände mancherlei auszusetzen hatte. Wir wollen hoffen, daß der Minister den der Praxis entsprungenen Anregungen unseres Genossen Folge leistet und die untergeordneten Organe mit entsprechenden Anweisungen versieht.

Nicht die gleiche Harmonie trat zutage bei dem zweiten Entwurf, der 100 Millionen Mark für Zwecke der Kriegerschiedsleistungen fordert. Die Polen hatten ihren bereits in der Kommission gestellten, dort aber abgelehnten Antrag von neuem eingebracht, der in das Rentenguts-gesetz eine Bestimmung aufgenommen wissen will, die es ausschließt, daß die Zuteilung eines Rentengutes abhängig gemacht werden kann von dem Religionsbekenntnis, der Abstammung, der Muttersprache oder der politischen Betätigung des Rentengutsnehmers. Außerdem lag ein nationalliberaler Antrag vor, der vorbereitende Maßnahmen für den Ausbau der inneren Kolonisation durch Ansiedlung von Kriegsverletzten verlangt. Genosse Braun erkannte die Pflicht der Fürsorge für die Kriegsverletzten unumwunden an, bezweifelte aber, ob ihnen durch die Ansiedlung auf dem Lande am besten geholfen wird.

Er wandte sich grundsätzlich gegen die künstliche Schaffung von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben und befristete den polnischen Antrag, den der Minister Freiherr v. Schorlemer für unannehmbar erklärt hatte. Mit Recht zog er daraus den Schluß, daß die Regierung ihre alte Praxis fortsetzen will, und er ließ keinen Zweifel, daß ohne den Antrag das ganze Gesetz für die Sozialdemokratie unannehmbar ist.

Die Abstimmung über den polnischen Antrag ergab die Beschlusfähigkeit des Hauses.

## Zur Frage der Volksernährung

### Interessante Einblicke in die Kartoffelnot

Ein Bericht aus einer Sitzung des Bezirksamtes für die Amtshauptmannschaft Meissen wirft ein bezeichnendes Licht auf die Ursachen der Kartoffelnot. Der Bezirk konnte in Friedenszeiten große Mengen Kartoffeln ausführen, leidet aber jetzt wie viele andere in Sachsen an Kartoffelmangel. In betreffender Sitzung wurde nun mitgeteilt, daß trotz Gewährung von Zuschlägen in Höhe von 1,25 Mark pro Zentner, nur 6000 Zentner statt der erforderlichen 16 000 Zentner aufzutreiben waren. Bei der Amtshauptmannschaft sei eine Ernte von zirka 1 400 000 Zentner angemeldet worden, die Landwirte hätten aber bis Ende Januar nur 205 000 Zentner abgegeben. Der Amtshauptmann v. Der teilte mit, daß sich einzelne Landwirte unter allerlei Gründen weigerten, auch nur 10 Prozent ihrer Ernte abzugeben. Oekonomierat Steiger aus Löb-hain, der früher schon seine agrarischen Kollegen in den Lokalblättern aufforderte, die Kartoffeln herauszugeben, führte aus, daß die Kartoffeln wohl wieder wie im Vorjahre im Monat Mai zum Vorschein kommen würden. (Vorwärts.)

**Arbeiter! Arbeiterfrauen!**

Haltet inne zu eurer Presse,  
werbt neue Leser für die

# **Volkswacht**

### Schmalzerfah, Salatölerfah und billige Schmierseife

Der Leiter des Nahrungsmittelunternehmens amtes in Bochum, Herr Dr. Sendhoff, schreibt:

Schmalz,

Erfah z. Schmierer u. Brat., vorzügl. gelatzen, 10-Pfd.-Dose Mk. 18.— R. Krüger, Stettin, Pestalozzistraße 18.

Beranlaßt durch obiges Inserat, haben Hausfrauen aus Bochum und Umgegend Zehn-Pfundpakete Schmalz zum Preise von 17,30 Mark per Nachnahme bezogen.

Der Inhalt der Pakete war zweierlei Art:

1. Eine gefeerkartige Masse, die aus 80 Prozent Wasser, 6,5 Prozent Kochsalz und Knochenleim bestand. Die Masse hat nur einen ganz geringen Nährwert.

2. Eine breite Masse, die aus 70 Prozent Wasser, 18 Prozent gekochten Kartoffelbestandteilen, 6 Prozent Fett, Spuren von Fleischbestandteilen und viel Thymin bestand. Die Masse hat im Verhältnis zum Schmalz nur einen sehr geringen Nährwert. Der Inhalt der Pakete hatte höchstens einen Wert von 50 Pfennig.

In dieser ökonomischen Zeit wird auch der sogenannte „Salatöl-Erfah“ angeboten. Dieser „Salatöl-Erfah“ hat unter Garantie keine Spur von Fett und ist es nicht möglich, damit einen Fettsack in ein Stück Briefpapier hinein zu bringen. Die Empfehlung einer Stuttgarter Firma ist deshalb auch recht vorsichtig und interessant abgefaßt. Zur Information lassen wir sie hier folgen:

„Unser „Salatöl-Erfah“ D. R. P. angemeldet, ist von Herrn Geh. Regierungsrat Dr. F. Freonius zu Wiesbaden chemisch untersucht und praktisch geprüft worden. Derselbe hat sich dahin geäußert, daß die von ihm untersuchten Proben in gesundheitlicher Hinsicht nicht zu beanstanden seien und daß sie sich zur Bereitung aller Arten von Salaten und Mayonnaisen-Beigauß ebenso geeignet erweisen als bestes Salatöl.“

Es folgt dann das Preisangebot 75,00 Mark per 100 Kilogramm ab Stuttgart. Daß dieser „Salatöl-Erfah“ in gesundheitlicher Hinsicht nicht zu beanstanden sei, wollen wir ohne weiteres zugeben, jedoch der hinzugesetzte Satz, daß er sich als ebenso gutes, als bestes Salatöl erweisen würde, ist völlig unzutreffend.

Dem Konsumverein „Wohlfahrt“ in Bochum war eine „weiße Schmierseife“, das Pfund zu 30 Pfennig, angeboten worden. Er hat diese Offerte der Seifenfabrik der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine Düsseldorf weitergegeben und diese schreibt hierzu u. a. folgendes:

„Es handelt sich hierbei um ein Produkt, welches von allen Seiten und in allen Blättern zu billigen Preisen angeboten wird. Der Artikel selbst ist eine Zusammenstellung von wenigen Prozenten Fettsäure, Wasserglas und sonstigen Füllungen. So haben wir in den letzten Monaten die uns von vielen Seiten zu-

gesandten Muster untersucht und dabei festgestellt, daß die sogenannte Schwindelseife 2 bis 10 Prozent Fettsäuregehalt hat. Der in den Zeitungen und auch in Ihrer Offerte genannte Preis von 0,30 Mk. pro Pfund ist als Bucherpreis zu bezeichnen. Um ein Beispiel anzuführen, machen wir darauf aufmerksam, daß unsere Seife einen Fettsäuregehalt von 38/40 Prozent hat; eine dreiprozentige Seife hat also nur einen 13. Teil Wert von unserem Fabrikat.

Die Konsumenten werden daher schwer geschädigt und über das Ohr gehauen und ruinieren die Frauen ihre Wäsche nach mehrmaligem Gebrauch vollständig.

Leider haben die Handelskammern Schritte noch nicht unternommen, um den Vertrieb einer solchen Ware verbieten zu lassen.“

### Endlich die Enteignung

Seit der vorjährigen Kartoffelernte wiederholten wir die auf Grund der Erfahrungen des ersten Kriegsjahres als notwendig sich erwiesene Forderung der Beschlagnahme der Kartoffeln.

In zahlreichen Zeitungsartikeln wurde diese Maßnahme als unbedingt nötig zur Sicherung der Volksernährung nachgewiesen, viele parlamentarische Reden wurden im gleichen Sinne gehalten, zahllose Eingaben wurden gemacht — alles nützte nichts! Und als dann feststand, daß wir das letzte Jahr eine so reiche Kartoffelernte erzielt hatten, wie noch nie zuvor, da beruhigte man sich. Von den 55 Millionen Tonnen hoffte man doch die 8 Millionen Tonnen für die menschliche Nahrung wegbringen zu können!

Auch als dann da und dort Kartoffelmangel sich bemerkbar machte und im Reichstag die Folgen auf die Volksstimmung klargelegt worden waren, war die Regierung noch nicht zur Beschlagnahme zu bewegen, die doch allein eine geregelte Versorgung ermöglicht hätte. Technische Schwierigkeiten aller Art und für den zeitweisen Mangel der Kartoffeln in einzelnen Teilen des Reiches wurden Verkehrsbeschwerden und notwendige Kriegsmaterialtransporte als Gründe angegeben. Es wurden dann in einzelnen Bezirken Strafen angedroht, wenn die Kartoffeln nicht herausgegeben wurden, der Bezug von Viehfutter wurde von der Herausgabe der Kartoffeln von einzelnen Landräten abhängig gemacht. Alles nützte nichts: Trotz der Notfordekte herrscht Kartoffelknappheit!

Nun endlich hat die Reichsregierung den entscheidenden Schritt getan, indem sie die Beschlagnahme der bei den Landwirten vorhandenen Kartoffeln bis auf jene Mengen zugelassen hat, die zur Ausaat und Ernährung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, sowie zur Erhaltung des Viehs bis zum 31. Mai 1916 unbedingt erforderlich sind, verfügte.

Es ist im Interesse der Verbraucher zu hoffen, daß die Lehren, die die Volksernährung dem deutschen Volke aufgezeigt hat, nicht ungenutzt bleiben für die Zukunft. Jedenfalls hat die deutsche Sozialdemokratie in klarer Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge von Anfang an die richtigsten und brauchbarsten Vorschläge gemacht, zu denen man noch zurückgreifen muß, nachdem man sie vorher als schwer ausführbar verworfen hatte.

### Unvernunft

Durch die westpreussische Presse läuft folgende Notiz:

Aus dem Kreise Graudenz, 28. Februar. Seit Monaten kann der große Rudnick See nicht befishet werden, da der Befitzer und seine Brüder seit Kriegsbeginn zum Seeresdienst eingezogen sind und auch der Fischer einberufen wurde. Es kommt dadurch eine wöchentliche Fischzufuhr von zirka zehn Zentner für die Stadt Graudenz in Fortfall.

Zehn Zentner Fische wöchentlich, die seit Monaten der Bevölkerung vorenthalten werden! Hier offenbart sich die Unvernunft des Privateigentums wieder einmal praktisch. Warum nimmt aber die Stadt Graudenz oder der Landrat die Sache nicht in die Hand? Es müßte doch möglich sein, die Fischerei auszuüben und den Erlös für den Eigentümer zu hinterlegen. Damit wäre allen mehr gedient, als mit dem jetzigen Zustande.

### 70 Prozent Wasser in der Milch

Die Witwe Auguste Stieffen in Belbert hatte Milch verkauft, die einen Wasserzusatz von 62,5 bis 70 Prozent aufwies. Der vom Schöffengericht vernommene Sachverständige führte aus, daß derart verdünnte Milch das Leben der Säuglinge geradezu gefährde. Das Gericht erkannte wegen Verlaufs gefälschter und verdorbener Nahrungsmittel auf eine Geldstrafe von 500 Mark. — Diese Strafe steht in gar keinem Verhältnis zu dem Verbrechen. Soß ein gewissenloses Weib gehört in das Gefängnis.

### Lohnbewegung der Speditionsarbeiter in Leipzig

Die Leipziger Speditionsarbeiter haben am Sonnabend beschlossen, Lohnforderungen zu stellen. Sie fordern mit Rücksicht auf die enorme Verteuerung der Lebensmittel eine Lohnzulage von 4 Mark wöchentlich. Die Forderung ist durch die Zeitung des Transportarbeiterverbandes 35 Firmen zugestellt worden. Die Unternehmer sollen bis Freitag, dem 3. März, mitteilen, ob sie die Lohnzulage bewilligen wollen.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur Gustav Schröder, Danzig  
Verlag Volkswacht S. Gehl u. Co., Danzig  
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Sonntag, den 12. März, nachmittags 4 Uhr, bei Steppuhn in Schidlitz

Vortragender: Parteisekretär Julius Gehl.

Thema: „Im Südtiroler Grenzgebiet“.

Eintrittskarten a 30 Pf. sind zu haben in den Gewerkschaftsbüros, der Volkswacht, Paradiesgasse 32, im Zigarrengeschäft C. Sellin, Schüsseldamm 36, u. den Konsumgeschäften Tischlergasse u. Langfuhr, Brunshöferweg.

Guten Besuch erwartet

Der Arbeiterbildungsausschuss.

# Lichtbilder-Vortrag

